Jens Flemming: „Die Vorsehung schenke uns einen wirklichen Führer“.[1]

Bargteheide und die Weimarer Republik

Auch in den kleinen, scheinbar am Rand der großen Ereignisse angesiedelten Begebenheiten spiegeln sich Geist und Habitus einer Gemeinschaft. Schauplatz ist Bargteheide, eine Landgemeinde, gelegen in nordöstlicher Richtung der Freien und Hansestadt Hamburg. Wir befinden uns im Hochsommer 1924. Die Weimarer Demokratie hat nach der Niederschlagung der Umsturzversuche von rechts und links, der Beendigung des ruinösen Widerstands gegen die französische Besetzung des Ruhrgebiets und der Stabilisierung der Währung, die im Herbst 1923 ins Bodenlose gestürzt war, eine unverhoffte Atempause gewonnen. Im Gemeinderat wird, auch im Blick auf den herannahenden 11. August, an dem sich die Verabschiedung der Verfassung jährt, über Symbole beratschlagt. Die SPD-Fraktion bringt einen Antrag ein, man möge den Fahnenmast auf dem Marktplatz erneuern und endlich ein Tuch in den Farben Schwarz-Rot-Gold anschaffen. Eine Selbstverständlichkeit, möchte man meinen, zumal das preußische Innenministerium die Unterbehörden immer wieder angewiesen hatte, am Verfassungstag die Dienstgebäude zu beflaggen. Dem Folge zu leisten, war die Bereitschaft in Bargteheide jedoch gering. Wenn schon eine neue Fahne, entschied die Mehrheit im Gemeindeparlament, dann nur die der engeren Heimat, die der Provinz Schleswig-Holstein, nicht die der fernen Republik.[2] Das war – bei Licht besehen – ein Affront, in dem sich manifestierte, mit welcher Abneigung und Missachtung die politisch tonangebenden Schichten im Dorf dem Staat und seiner Verfassungsordnung begegneten. Ganz offensichtlich hatte sich diese auch im fünften Jahr ihres Bestehens nicht einwurzeln können. Von den Konsequenzen, die daraus resultierten, und den Konstellationen, in denen dies zwischen 1919 und 1933 zum Ausdruck kam, handeln die folgenden Abschnitte.

Der Ort: Strukturen und Entwicklungen. Bargteheide war eine Landgemeinde im weiteren Einzugsgebiet der Metropole Hamburg. Während der Zwischenkriegszeit bewegte es sich im Wesentlichen auf dem Niveau, auf dem es bereits vor 1914 angelangt war, das heißt, es behauptete seinen Charakter als Gemeinde von primär agrarischem, handwerklich kleingewerblichem Zuschnitt, die vom Verkehr und vom Austausch mit der Stadt profitierte, sich jedoch trotz des nach der Jahrhundertwende einsetzenden, quantitativ gegenüber den Eingesessenen freilich kaum ins Gewicht fallenden Zuzugs wohlhabender Hamburger nicht in eine „vorstadtähnliche Siedlung“ verwandelte. Zwar machten sich hier und da urbane Einflüsse und Lebensgewohnheiten geltend, abzulesen etwa am Stil der vom Architekten Heinrich Ruge konzipierten und errichteten Villen, kleineren und größeren Einfamilienhäusern in der Baumschulenstraße, am Tremsbütteler Weg und am Struhbarg, für die der Volksmund in einer Mischung aus Respekt und abschätziger Distanz das Wort vom „Millionen-Viertel“ prägte. Insgesamt aber besaß der „Prozess der

1 Generalmajor Freiherr von Ledebour, Rede auf dem „Deutschen Abend“ des Stahlhelm, in: Oldesloer Landbote (künftig: OL) Nr. 22 v. 27.1.1925.
2 Gemeindearchiv Bargteheide (künftig GAB), 1-11-4, Antrag der SPD, 7.7. und Beschluss des Gemeinderats, 5.8.1924. Verfügungen des Innenministers sind abgeheftet ebd., etwa die vom 11.8.1922.

Verflechtung“ mit den Handels- und Industriezentren an der Elbe keineswegs die Dichte und Intensität, die er nach 1945 erreichen sollte. Zwischen 1910 und 1940 jedenfalls war die Entwicklung Bargteheides, so das Fazit einer bau- und siedlungsgeschichtlichen Studie, auf halber Strecke festgefahren, blieb gefangen in einem „Übergangsstadium“ des nicht mehr ausschließlich Dörflichen und des noch nicht Vorstädtischen. Bedingt durch den Krieg und die wirtschaftlichen Krisen danach hatte sich die Ausstrahlung Hamburgs abgeschwächt und eine über die unmittelbar angrenzenden Ortschaften im südlichen Stormarn hinausgreifende Expansion verhindert. Und auch der konjunkturelle Aufschwung seit 1936/37 infolge der von den Nationalsozialisten forcierten Aufrüstung änderte daran nichts: „Ihm fehlte die raumverbindende Dynamik.“[3]

Eine gewisse Bestätigung für diesen Befund liefert die Bevölkerungsstatistik. 1867 wurden in Bargteheide 1172 Einwohner registriert, 1910 mit 2274 beinahe doppelt so viele. 1919 waren es 2453, und 1931 belief sich die Zahl der Ortsansässigen auf 2975, erhöhte sich fortan nur geringfügig und überschritt bis in den Zweiten Weltkrieg hinein die Marke von 3050 nicht: Der seit Mitte des 19. Jahrhunderts zu beobachtende Rhythmus des Wachstums mit einem Plus von 300 bis 500 Personen pro Jahrzehnt mündete auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise in anhaltende Stagnation. Wenngleich nicht synchron zu diesen Datenreihen, lässt auch die Bautätigkeit deutliche Einbrüche erkennen. Während sie sich zwischen 1906 und 1914 in neun Jahren mit circa 194 Neubauten in geradezu stürmischem Tempo entfaltete, kam sie während des Krieges von 1914/18 und der ersten Nachkriegsphase aus Mangel an Material, Arbeitskräften und Kapital fast völlig zum Erliegen, belebte sich allmählich wieder und verfehlte zwischen 1924 und 1938 mit 181 Neubauten den Vorkriegsstand nur knapp, was rein rechnerisch einer jährlichen Baurate von 12 gegen 21,5 Häuser in der Vergleichsperiode von vor 1914 entsprach. Auch hier also haben wir es mit einer Abflachung des Trends zu tun, der obendrein von beträchtlichen Schwankungen bestimmt war. Die Kurve der genehmigten Bauanträge sackte nach 1928 mit Ausnahme des Jahres 1932 kontinuierlich, von 1933 bis 1936 dramatisch ab, erholte sich kurzfristig, um unter dem Eindruck des Krieges und der Nachkriegslähmungen von 1940 bis 1947 wie schon von 1915 bis 1924 gegen Null zu tendieren.[4]

Die Lückenhaftigkeit der Quellen erlaubt es nicht, ein genügend differenziertes Bild der Gewerbe- und Erwerbstätigenstruktur zu entwerfen und deren Veränderungen zwischen den beiden Weltkriegen systematisch aufzufächern. Was an Informationen verfügbar ist, trägt mehr oder minder den Stempel des Zufälligen. Immerhin, aus einer Mitteilung, die der Gemeindevorsteher im Sommer 1927 an die örtliche Nebenstelle des Oldesloer Arbeitsnachweises schickte, ist zu entnehmen, dass 41 landwirtschaftliche Betriebe, vermutlich solche mit einer Nutzfläche von 10 hHektar aufwärts, 66 Männer und 25 Frauen, 189 Gewerbetriebe aber 585 Arbeitnehmer beschäf-

3 Hella Holsten: Strukturwandel einer ländlichen Siedlung im Einzugsbereich von Hamburg, Hamburg 1967, S. 49 ff.

4 Zur Bevölkerungsentwicklung vgl. ebd., S. 61. Die Zahlen in den Akten des Gemeindearchivs weichen davon in einigen Punkten geringfügig ab. Die Daten zur Bautätigkeit beruhen teilweise auf Schätzungen: Holsten, S. 114 ff. Nicht ganz übereinstimmend damit siehe auch die Mitteilungen in der Denkschrift des Landrats Friedrich Knutzen: Wanderungs- und Siedlungsvorgänge im Unterelbegebiet, März 1933, S. 156, der den Bestand der vor dem Juli 1918, dem Stichdatum für die Zahlung der Hauszinssteuer, errichteten Wohnhäuser mit 508 angibt, den der zwischen 1918 und 1932 errichteten Häuser mit 174. Da die statistischen Quellen, aus denen diese Ziffern stammen, nicht verfügbar sind, lässt sich das im einzelnen nicht überprüfen, dürfte jedoch dem von Holsten errechneten Trend nicht prinzipiell widersprechen.

tigten, darunter 198 Gesellen und Angestellte, 96 Lehrlinge und 290 wahrscheinlich ungelernte Arbeiter.[5] Ebenfalls für 1927 sind 116 Pendler verzeichnet, die in Bargteheide wohnten und in Hamburg ihrem Broterwerb nachgingen.[6] Mit rund vier Prozent an der Gesamtbevölkerung war dies allerdings kein Faktor, der dem wirtschaftlichen und sozialen Leben im Dorf nennenswerte Impulse hätte vermitteln können.

Da uns die Statistik für die zwanziger Jahre weitgehend im Stich lässt, mag es gerechtfertigt sein, als Notbehelf die Ergebnisse der Volks-, Betriebs- und Berufszählung von 1939 zu bemühen. Sie sind zwar kein korrekter Spiegel der Verhältnisse in der Weimarer Republik, dürften aber zumindest einen ungefähren Anhalt bieten, zumal sich das Bevölkerungsvolumen seit 1930/31 nicht mehr gravierend verschoben hat. Danach waren 12,1 Prozent der Bewohner in der Landwirtschaft tätig, 37 Prozent in Industrie und Handwerk, 22,5 Prozent in Handel und Verkehr, 9,5 Prozent im Öffentlichen Dienst, 2,9 Prozent in häuslichen Diensten. 16 Prozent waren Freiberufler bzw. ohne Beruf. Schlüsselt man nach sozialer und beruflicher Position auf, waren 618 Personen selbständig, 216 firmierten als mithelfende Familienangehörige, 158 hatten den Status von Beamten, 369 den von Angestellten und 1201 den von Arbeitern, 488 waren Angehörige freier Berufe bzw. Berufslose. Von insgesamt 977 Haushaltungen waren 865 Familienhaushaltungen, darunter solche mit zwei Personen 301, mit drei Personen 227, mit vier Personen 165, mit fünf und mehr 172. Die landwirtschaftlichen Betriebe waren hauptsächlich Parzellen-, Klein- und Mittelbetriebe: In die Größenklasse von 0,5 bis 5 Hektar fielen 53, von 5 bis 10 Hektar 10, von 10 bis 20 Hektar 13, von 20 bis 100 Hektar 26 Betriebe, und nur ein einziger Betrieb umfasste mehr als 100 Hektar.[7]

Konsultiert man die amtlichen Fernsprechbücher der Postdirektion Hamburg und vergleicht die Ausgabe von 1931 mit der von 1940, stellt man eine Steigerung der Anschlüsse um ganze zehn fest, außerdem, dass die Vertreter der gehobenen, namentlich der akademischen Berufe merklich unterrepräsentiert waren. Die Zahl der Betriebe und Läden blieb relativ konstant. Man kann daran ablesen, dass in Bargteheide ein ausreichend breites Spektrum an Einkaufsgelegenheiten existierte, darunter Papierhandlungen, Haushaltswaren-, Elektro-, Textil-, Uhren- und Schmuckgeschäfte, mithin Läden, die sich auf längerlebige Bedarfsgüter spezialisiert hatten, was darauf schließen lässt, dass sich der Einzugsbereich der Kunden nicht allein auf Bargteheide beschränkte. Die sieben praktischen Ärzte, Zahn- und Tierärzte, die drei Rechtsanwälte und die Apotheke dürften nicht nur Bargteheider konsultiert haben, sondern auch Bürger aus den benachbarten Ortschaften. Berücksichtigt man ferner, dass in der Gemeinde das Amtsgericht und die Amtsverwaltung residierten, dass sie ein eigenes Elektrizitätswerk, eine Sparkasse, Post- und Bahnstation besaß, dass gelegentlich Kino und kulturelle Veranstaltungen die Unterhaltungsbedürfnisse des Publikums befriedigten, dann kann man ermessen, wie sehr Bargteheide sich von seinem

Folgende Seiten:
Das ländliche Milieu Bargteheides: Landarbeiterinnen und Landarbeiter vor einer Dreschmaschine um 1920
Quelle: Hans-Jürgen Perrey, Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47, Neumünster 1993, Tafel 27, nach S. 208.

5 GAB, 1-42-4: Schreiben vom 13.7.1927.
6 Knutzen: Wanderungs- und Siedlungsvorgänge, S. 148.
7 GAB: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein an Bürgermeister, 9.1.1950.
8 Vgl. Holsten: Strukturwandel, S. 53 ff.

Umland abhob und in welchem Umfang es – trotz des in jener Epoche eher gebremsten Wandels und trotz der mächtigen Konkurrenz durch die nahe Großstadt – überörtliche, für den Distrikt zentrale Funktionen erfüllte.[8]

Ebenso wie die anderen Gemeinden in der Provinz wie im Reich konfrontierten der verlorene Krieg und die Versuche, seiner Folgen Herr zu werden, seit 1929/30 zudem die Weltwirtschaftskrise auch Bargteheide mit beispiellosen Problemen, die den Horizont verdüsterten, das Leistungsvermögen und die Leistungsbereitschaft strapazierten, den inneren Frieden beeinträchtigten. Die seit 1919 allenthalben zu beobachtende Politisierung der Kommunalpolitik hatte ihre Parallele in den Verteilungskämpfen der verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Lager. Um die zahllosen Versorgungsengpässe der ersten Jahre nach Kriegsende zu meistern und den Konfliktstoff, den sie bargen, zu entschärfen, wurden neue, von den widerstreitenden Interessen paritätisch beschickte Gremien geschaffen, das Mieteinigungsamt, die Kohlenkommission und der Ausschuss für die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge. Berge verrücken, geschweige denn es allen recht machen konnten sie freilich nicht. Insofern wundert kaum, dass die getroffenen Maßnahmen nicht selten von heftiger Kritik begleitet wurden und die Klagen über Missstände, über echte und vermeintliche Versäumnisse nicht abreißen wollten.

Fragen der Ernährung und der Ernährungspolitik pflegten die Gemüter ebenso zu erhitzen wie die im Zuge der Demobilmachung anschwellende Arbeitslosigkeit. Schon die hier zu Tage tretenden Unzulänglichkeiten wurden als schwere Belastungen empfunden, gleichwohl boten sie nur einen blassen Vorgeschmack auf das, was nach 1929 auf Politiker und Bürger einstürmen sollte. Dazwischen lag die historisch kurze Spanne einer relativen, stets gefährdeten Stabilität, in der auch Bargteheide zur „Normalität" zurückkehrte, an Fäden anknüpfen konnte, die Krieg und Inflation durchtrennt hatten. Wege, Straßen und Plätze wurden verschönt und modernisiert, die Kapazitäten des E-Werks aufgestockt. Die Versorgung mit Unterkünften verbesserte sich, so dass im Sommer 1928 die Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben wurden.[9] Eine Turnhalle gab Gelegenheit zu sportlicher Ertüchtigung, ein 1925 geschlossener Lieferungsvertrag mit den Hamburger Gaswerken brachte den Familien spürbare Erleichterungen, von denen 1927 bereits 224 Haushalte profitierten.[10]

Dies alles war jedoch nicht mehr als Episode, wurde abgelöst von einer Periode tief greifender Depression, die gewöhnliche Dimensionen rasch sprengte. Die Mittel für produktive Investitionen versiegten, das Steueraufkommen hielt mit der Flut der Ausgabeverpflichtungen immer weniger Schritt, und die ohnehin engen Spielräume wurden zusehends enger. Pläne für den weiteren Ausbau der Infrastruktur blieben Pläne, und das Schwergewicht der Aktivitäten verschob sich ganz auf den Bereich der Wohlfahrtspflege und der Daseinsfürsorge.

9 GAB, Gemeindevertretung: Protokoll vom 6.7.1928.

10 GAB, 1-20-2: Hamburger Gaswerke an Gemeindevorsteher, 3.10.1927.

Für die Bewältigung dieser Aufgaben war man denkbar schlecht gerüstet. Das hing unter anderem damit zusammen, dass die Finanzreform von 1920 das System der gemeindlichen Zuschläge zur Einkommens- und Körperschaftssteuer beseitigt hatte, was Autonomie und Manövrierfähigkeit der Kommunen erheblich reduzierte. Belassen wurden ihnen die Grund- und Gewerbesteuer, daneben eher marginale Zugriffsmöglichkeiten wie Hunde-, Vergnügungs- und Beherbergungssteuer, seit 1930 dann die politisch überaus umstrittene Bürgersteuer, ein pro Kopf erhobener Beitrag zu den Verwaltungskosten. Dabei zeigte sich, dass diese Steuerquellen zusammen mit den Landeszuschüssen und den Gewinnen aus den öffentlichen Wirtschaftsunternehmen den wachsenden Bedarf nicht befriedigen konnten, zumal dann nicht, wenn sich wie 1932 im Kreis Stormarn von 5872 Gewerbebetrieben über die Hälfte, nämlich 3553 unterhalb der steuerbaren Grenze von 1500 Mark bewegten.[11] Hinzu kam, dass bei Dauerarbeitslosigkeit hauptsächlich die Gemeinden zur Kasse gebeten wurden. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz von 1927 hatte zwar das Versicherungsprinzip eingeführt, aber die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wies im Regelfall Unterstützung nur bis zu 26 Wochen an. Danach musste die Krisenfürsorge einspringen, deren Ausstattung zu vier Fünfteln auf den Etat des Reichs, zu einem Fünftel auf den der Gemeinden ging. Anspruch hatte man darauf für 39, wenn man älter als 40 Jahre war, für 52 Wochen, nach dem Oktober 1930 nur noch für 32 beziehungsweise 45 Wochen. Wer im Anschluss daran ausgesteuert wurde, musste den Gang zur Wohlfahrt antreten, die gemeinsam mit der Fürsorge für Sozial- und Kleinrentner, deren Renten unterhalb der gemeindlichen Richtsätze lagen, sowie sonstige Hilfsbedürftige in die Hoheit der Kommunen, den Schwächsten in der administrativen Kette, fiel. Denn ihre Ausgaben waren im Gegensatz zum Reich zeitlich nicht limitiert: mit der Konsequenz, dass ihre Finanzverhältnisse umso prekärer wurden, je länger die Arbeitslosigkeit sich als Massenphänomen behauptete.

Da in den Akten des Gemeindearchivs kontinuierlich angefertigte Datenreihen und Berichte fehlen, lassen sich die quantitativen und qualitativen Aspekte dieser Entwicklung nur schätzen, nicht aber völlig exakt erfassen. Aus einer Aufstellung des Kreiswohlfahrtsamtes in Wandsbek geht hervor, dass sich im Kreis Stormarn die Zahl der ausgesteuerten Arbeitslosen binnen eines Jahres, zwischen 1928 und 1929, von 479 auf 992 erhöhte, die als Ledige pro Woche mit 7,70 Mark, als Verheiratete mit 11,25 Mark plus Zuschlägen für im Haushalt lebende Kinder und Jugendliche von 2,55 bis 4,40 Mark alimentiert wurden.[12] Im Dezember 1929 registrierte der örtliche Fürsorgeausschuss in Bargteheide 70 Wohlfahrtserwerbslose, 91 Sozial-, Klein- und Zusatzrentner sowie 15 allgemeine Fürsorgeempfänger.[13] Zwei Jahre später waren 212 Personen arbeitslos, darunter 84 Ausgesteuerte, was einer Quote von mindestens 13 Prozent der abhängig Beschäftigten entsprochen haben dürfte, wobei unklar ist, ob die einige Monate zuvor als erwerbslos gemeldeten 24 Jugendli-

11 Knutzen: Wanderungs- und Siedlungsvorgänge, S. 144.

12 GAB, 1-43-1: Kreiswohlfahrtsamt Wandsbek, Entwicklung seit 1918 und Tätigkeitsbericht für die Jahre 1928 und 1929, DS. 1 ff.

13 GAB, 1-43-3: Aufstellungen vom 19.12.1929.

Rechte Seite:
Friedrich Knutzen (1881-1938), Landrat des Kreises Stormarn 1919-1933, DDP
Quelle: Perrey, Stormarns preußische Jahre, Tafel 25, oben links, hinter S. 192.

chen, zu etwa gleichen Teilen gelernte und ungelernte, darin enthalten waren oder nicht.[14] Ende 1931 wurde nach einer Mitteilung des Gemeindevorstehers bereits jeder fünfte Einwohner aus öffentlichen Mitteln unterstützt.[15] Bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 2900 Köpfen waren das knapp 600. Überhaupt scheint der Kreis Stormarn wegen seiner Randlage zu Hamburg überproportional stark in Mitleidenschaft gezogen worden zu sein: Landrat Knutzen eröffnete im Frühjahr 1931 die im Rahmen der Reichshandwerkerwoche in Bargteheide stattfindende Handwerksschau mit der Bemerkung, dass das Volumen der zu betreuenden Wohlfahrtserwerbslosen „weit größer" sei als „in irgend einem anderen Landkreis der Provinz."[16]

Möglichkeiten, die Arbeitslosigkeit einzudämmen oder gar die rigorose Deflationspolitik der Reichsregierung zu unterlaufen, hatten die Kommunen im Blick auf ihre schwindende Finanzkraft nicht. Da Kredite für eine wirksame Arbeitsbeschaffung nicht oder nur in geringem Umfang zu mobilisieren waren, musste man die Dinge treiben lassen, stopfte hier Löcher, um da welche aufzureißen. Allenthalben wurde gespart und geknapst, nicht zuletzt im Gesundheitswesen: Für die Säuglingsfürsorge in der Provinz Schleswig-Holstein gab es 1932 ganze 10 000 Mark.[17] Einzelne Aktionen linderten zwar kurzfristig und individuell die ärgsten Nöte. Zu einer Überwindung der allgemeinen Lähmung und einer Festigung der erschütterten gesellschaftlichen Ordnung trugen sie aber naturgemäß nicht bei. Sozialpolitische Beschlüsse herbeizuführen erwies sich zunehmend als ein Zeit und Nerven raubendes Geschäft. Im Gemeindeparlament endeten die Beratungen unter den argwöhnischen Augen der Betroffenen nicht selten in einem Patt. Die einen, insbesondere Sozialdemokraten und Kommunisten, drängten auf Ausbau der Leistungen und Umverteilungen im Etat, die anderen, in der Regel die Repräsentanten von Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, tendierten zu Einschränkungen, polemisierten gegen „übertriebene soziale Fürsorge", warnten davor, die Steuerschraube anzuziehen und plädierten für eine schärfere Überprüfung der Bedürftigkeit.[18] Was in diesem Kontext an Positivem blieb, waren die Volksküche, die jeweils in den Wintermonaten billiges Essen verabreichte, sowie heftig umkämpfte Weihnachtsbeihilfen, so 1930 zehn Mark für erwerbslose Männer, je fünf Mark für die Ehefrauen und die Kinder, allerdings nicht in bar, sondern in Gestalt von Gutscheinen, die zum Einkauf von Kleidung und Lebensmitteln bei den eingesessenen Geschäftsleuten berechtigten. Die KPD verlangte vergeblich eine Senkung des Strompreises von 50 auf 40 Pfennig pro Kilowatt, agitierte für die „Abschaffung der Zählermiete bei arbeitslosen Lichtkonsumenten" und drohte mit einem „Lichtstreik". Eine 1930 zur Entlastung des Gemeindesäckels veranstaltete Haussammlung brachte 536 Mark, ein eher deprimierendes Ergebnis, in dem sich für einen der Sozialdemokraten das Desinteresse „der Bürger am Wohlergehen des Arbeiters" manifestierte. Schon 1931 sah sich die Gemeindeverwaltung nicht mehr in der Lage, den Fürsorgeempfängern er-

14 GAB, 1-43-3: Aufstellungen vom 30.11.1931 und GAB, 1-39-8: Meldung vom 15.1.1931.
15 OL Nr. 296 vom 19.12.1931.
16 Ebd. Nr. 70 vom 25.3.1931.
17 Medizinalrat Dr. Gerhard Simon: Gesundheitsfürsorge und Notzeit in ihrer Wechselwirkung, in: Zeitschrift für Gesundheitsverwaltung und Gesundheitsfürsorge 3, 1932, S. 534.
18 So Gemeindevorsteher Fritz Heecks auf der Delegiertenversammlung des Kreishandwerkerbundes: OL Nr. 168 vom 22.7.1931.

neut mit einer Zuwendung unter die Arme zu greifen, ein Vorgang, der sich 1932 nach quälenden Diskussionen über verschiedene Deckungsalternativen mit einem kategorischen Nein des Gemeindevorstehers wiederholte. Stattdessen stiftete die Sparkasse einen Betrag in Höhe von 1000 Mark, was freilich kaum mehr war als ein Tropfen auf den heißen Stein.[19]

Dauer und Intensität der Krise zermürbten indes nicht nur den Sozialetat und die von ihm zehrenden Menschen. Auch die Kultur musste Federn lassen, vor allem die noch junge, seit 1928 sechsstufige Mittelschule. An deren Gründung im Frühjahr 1924 hatten die Gemeindeväter die Hoffnung geknüpft, die Attraktivität des Ortes zu erhöhen und Anreize für weiteren Zuzug zu bieten. Sie sollte, so Rektor Petersen, einen Ausgleich schaffen zwischen dem differenzierten Bildungswesen der Großstadt und den einfachen Landschulen, sollte auf die infolge des technischen Fortschritts erhöhten Anforderungen des Berufslebens vorbereiten, darüber hinaus den „hervorragend“ Begabten Wege zur höheren Schule ebnen, überhaupt ein Potenzial sichern, aus dem die Landbevölkerung ihre künftigen „Führer“ würde schöpfen können.[20] Die Schülerfrequenz bewegte sich in Größenordnungen von 80 bis 100, erreichte 1927 mit 110 ihren Gipfel, um danach parallel zum Konjunkturverlauf wieder fast bis auf den Ausgangspunkt zurückzufallen. Von einem zügigen Aufschwung der Anstalt konnte insofern keine Rede sein. Vieles war und blieb „Notbehelf“. Ein neues Schulgebäude zu errichten wurde angestrebt, lag jedoch jenseits der Möglichkeiten. Da der Kreis Zuschüsse verwehrte, brachte man die Kinder zunächst in einem Raum der Volksschule und im Konfirmandensaal des Pastorats unter, später im Schulhaus an der Alten Landstraße in den bisherigen Dienstwohnungen der Volksschullehrer. Anfangs begnügte man sich mit den Lehrmitteln der Volksschule. Gestützt auf einen Posten von etwa 800 Mark, der jährlich aus der Gemeindekasse floss, konnte man allmählich einen Fundus aufbauen. Da ein monatliches Schulgeld von zehn Mark entrichtet werden musste, beschränkte sich das Rekrutierungsfeld auf die besser situierten Familien. Wohl wurden zehn Prozent Freiplätze reserviert: Dass diese Quote nie ausgeschöpft wurde, deutet an, wie schwer es die Schule hatte, sich im Bewusstsein gerade der weniger bemittelten Schichten zu verankern.

Weil das Schulgeld und das vom preußischen Staat pro Schüler gewährte „Beschulungsgeld“ die von der Gemeinde aufzubringenden Sach- und Personalkosten nicht abdeckten, geriet die Mittelschule immer wieder in die Schusslinie. Sie sei „des öfteren“ angegriffen worden, hieß es in einer internen Denkschrift, ein „Schmerzenskind“ habe man sie genannt.[21] Derartige, von Anbeginn an zumindest latente Stimmungen kulminierten beinahe zwangsläufig in dem Moment, in dem überall der Rotstift wütete. Im Herbst 1931 balancierte die Schule auf des Messers Schneide: In ihrem Schicksal spiegelten sich wie in einem Brennglas noch einmal die sozialen Bruchlinien, Verteilungskonflikte und finanziellen Engpässe in der

19 Zu den sozialpolitischen Kontroversen im Gemeinderat vgl. GAB, Gemeindevertretung: Protokolle der Sitzungen, u. a. vom 23.12.1929, 24.1., 5.11. und 19.12.1931, sowie 19.12.1932, ferner verschiedene Unterlagen ebd., 1-43-3. Siehe außerdem die Berichterstattung im OL Nr. 301 vom 25.12.1930 (dort auch das Zitat über die Haussammlung), Nr. 86 vom 15.4. und Nr. 296 vom 19.12.1931.

20 OL Nr. 262 vom 8.11.1926. Zur Gründung und Entwicklung der Mittelschule vgl. GAB, 1-38-4 sowie die von Rektor Petersen verfasste Schulchronik der Mittelschule zu Bargteheide (auch für die folgenden Hinweise).

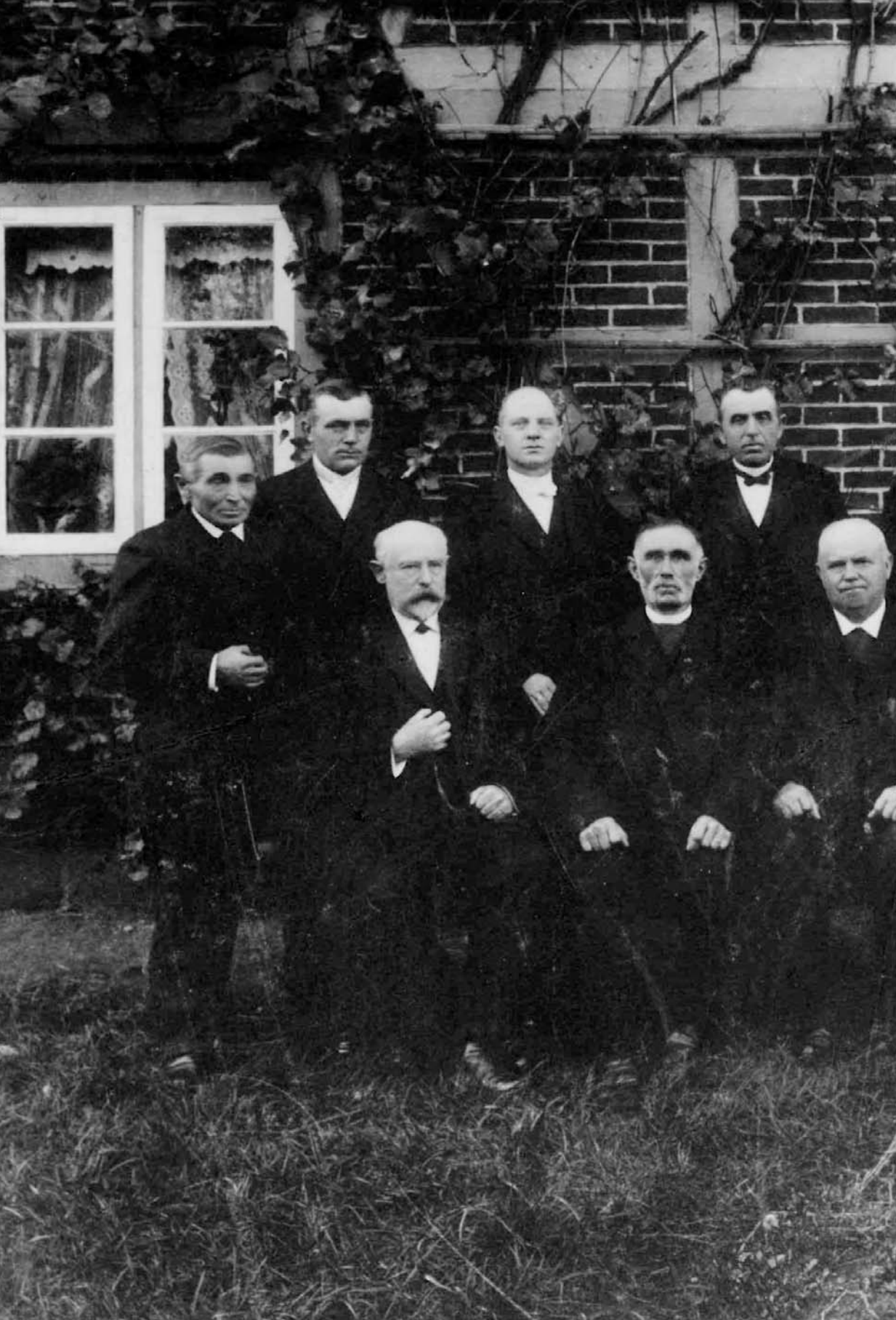
21 GAB, 1-38-1: Mittelschule in Bargteheide, undatierte Denkschrift.

Gemeinde. Die KPD sprach abwertend von „Standesschule“ und verlangte die sofortige Aufhebung, um die dadurch eingesparten Mittel für eine Senkung der Lichtstrompreise zu nutzen. Ähnliche Auffassungen vertrat ursprünglich auch die NSDAP, rückte davon aber wieder ab. Bei den Sozialdemokraten herrschte ebenfalls Skepsis. Bald werde es keine Eltern mehr geben, die sich eine bessere Schulbildung für ihre Kinder würden leisten können, meinte einer von ihnen. Ob ein radikaler Schnitt wirklich Entlastungen mit sich bringen würde, war jedoch höchst ungewiss. Denn für den Fall, dass die freigesetzten Mittelschullehrer anderen Ortes keine Verwendung finden würden, und das war im Zeichen dramatischer Stellenkürzungen zu gewärtigen, hätte die Gemeinde nach wie vor für deren Gehalt haften müssen. Die Gemeindeführung warnte daher nicht zu Unrecht vor „übereilten Beschlüssen“. Wenn „am Orte nur eine Volksschule wäre“, argumentierte sie, würde der Zuzug „steuerkräftiger Leute unterbunden“ werden, wodurch „weder der Wirtschaft noch den Gewerbe, dem Beamten und Arbeiter gedient“ wäre. Der vorgeschlagene Kompromiss, auf den man sich nach Beratungen mit dem Kreisschulrat einigte, sah vor, drei Stellen bei der Mittelschule auf die Volksschule zu übertragen und die beiden Rektorenstellen zu verschmelzen, was eine Minderung der Verpflichtungen von rund 26 000 Mark bedeutete, ferner den Unterricht in einzelnen Fächern und die kleineren Klassen zusammenzulegen, an der Mittelschule aber im Prinzip festzuhalten und auf bessere Zeiten zu vertrauen. Eine Existenzgarantie war dies freilich nicht, die „Machtergreifung“ der Nazis überdauerte die Anstalt zunächst, aber im März 1937 verfügte der Bürgermeister die Auflösung mit Wirkung vom 1.3.1938. Ein Teil der Schüler kehrte in den Schoß der Volksschule zurück, der Rest ging nach Oldesloe, Ahrensburg und Wandsbek auf die dortigen Mittel- und Oberrealschulen. Der Versuch, die Modernisierung der dörflichen Infrastruktur durch ein gegliedertes Bildungsangebot voranzutreiben, war damit bis auf weiteres gescheitert.[22]

Folgende Seiten:
Der langjährige Amtsvorsteher Hans Wuth, 3. von rechts, stehend, im Kreise der Gemeindevertreter 1910
Quelle: Stadtarchiv Bargteheide

Parteien und Wahlen in der Anfangsphase der Republik. Der Staatsumsturz im November 1918 hatte weder die Parteienlandschaft noch die gewohnten Bindungen aufgesprengt. Das politische Spektrum in seiner herkömmlichen Abschattierung nach Links – Mitte – Rechts war prinzipiell jedenfalls nicht berührt worden. Auch die hergebrachten Differenzen und Animositäten zwischen der Arbeiterbevölkerung, dem Bürgertum und der Bauernschaft blieben entlang traditioneller Orientierungen mehr oder minder ausgeprägt erhalten. Trotz der Revolution und ihrer Begleiterscheinungen, trotz mancher dadurch ausgelöster, vielfach nur äußerlicher, dem Augenblick verhafteter Veränderungen überwogen insgesamt Züge der Kontinuität. Einer, der dies in Bargteheide geradezu idealtypisch verkörperte, war der Hofbesitzer Hans Wuth, der 1907 die – ehrenamtliche – Position des Amtsvorstehers, die zuvor schon sein Vater Ernst bekleidet hatte, übernahm und bis zur „Machtergreifung“ der Nazis nicht aus der Hand gab. Im Ort war er der größte Landwirt, sein Betrieb umfasste

22 Vgl. GAB, 1-38-1: Schriftwechsel des Gemeindevorstehers mit dem Verband der preußischen Landgemeinden, 1. bis 3.10.1931; Gemeinde- an Amtsvorsteher, 20.10.1931, Sitzung des Mittelschulvorstandes, 21.10.1931; Gemeindevorsteher an die Regierung in Schleswig, 20.11.1931; Bürgermeister an Rektor Petersen, 6.3.1937. Vgl. auch OL Nr. 252 vom 27.10.1931 (Bericht über die Gemeindevertretersitzung, 23.10.1931).



192,5 Hektar, davon Acker- und Gartenfläche von 144,4, ferner Wiesen und Wiesen von 62,5 und Wald von 16 Hektar. Im Bestand an Nutztieren wurden Mitte der 20er Jahre 19 Pferde, 130 Stück Rindvieh und 200 Schweine gezählt.[23] 1932 feierte Wuth 25-jähriges Amtsjubiläum[24], nach 1933 geriet er offenbar in wirtschaftliche Schwierigkeiten und fristete seinen Lebensabend als Pförtner in Geesthacht.[25] Wuth gehörte wie schon sein Vater zu den Konservativen, nach 1918 dann zu den Deutschnationalen. Im Krieg war er Vorsitzender der Ende 1917 in Bargteheide gegründeten Ortsgruppe der Deutschen Vaterlandspartei gewesen[26], 1929 unterschrieb er den Aufruf des gegen den Young-Plan agitierenden Ausschusses für das deutsche Volksbegehren. Als daraufhin von den vorgesetzten Behörden nachgefragt wurde, verteidigte er sich damit, dass er nicht in seiner Eigenschaft als Amtsvorsteher, sondern in als Vorstandsmitglied des Stormarnschen Bauernbundes unterzeichnet habe. „Der Tragweite seines Verhaltens“, kommentierte in echter oder nur gespielter Naivität der Landrat, sei er sich „nicht bewusst gewesen“.[27]

Unterschwellige Momente des Wandels wurden zunächst überdeckt, schoben sich aber nach und nach in den Vordergrund. Wie in der Vorkriegszeit konkurrierten Liberale, Konservative und Sozialdemokraten um Einfluss und Wählergunst, nun allerdings in einer wirtschaftlich außerordentlich prekären Situation und unter Bedingungen eines demokratisch-parlamentarischen Systems, an die man sich jeweils mit unterschiedlichem Tempo und unterschiedlichem Erfolg anpasste. Konfrontiert mit den spezifischen Belastungen der Nachkriegspolitik, erwiesen sich die anfänglich relativ gefestigt anmutenden Parteistrukturen als höchst labil. Ein Ausdruck dafür waren permanent wechselnde parteipolitische Loyalitäten. Und für die weitere Entwicklung wie für die Erfahrungen der Bewohner: Innerhalb der drei „Blöcke” vollzogen sich Radikalisierungsprozesse, die deren Kompromissfähigkeit beeinträchtigten und die Spannungen im Dorf erheblich verschärften.

Rein formal betrachtet, wahrten allein die Mehrheitssozialdemokratie und das katholische Zentrum, das indes im protestantischen Bargteheide über eine marginale Rolle nicht hinauskam, ihre ursprüngliche Identität. Alle übrigen Parteien waren Neugründungen, verkauften jedoch in den meisten Fällen nur alten Wein in neuen Schläuchen, tauschten die Firmenschilder aus, wandelten ansonsten aber auf vertrauten Pfaden. Im Lager des Bürgertums waren es die Linksliberalen, die als erste die Lähmung nach dem Zusammenbruch der Monarchie überwanden und sich zur Deutschen Demokratischen Partei (DDP) zusammenschlossen. Als Träger eines gemäßigten Reformwillens suchten sie eine mittlere Linie zu steuern und die noch diffusen Stimmungen der Stunde für eine breite Sammlung der zersplitterten bürgerlich-liberalen Kräfte zu nutzen. Bereits am 30. November traten ihre Anhänger in Bargteheide und Umgebung mit einer Ortsgruppe an die Öffentlichkeit. Binnen weniger Wochen schrieben sich 120 Mitglieder ein, eine Zahl, die sich bis 1920 auf 168 erhöhte, danach stagnierte und schließlich kontinuier-

23 Angaben nach: Landwirtschaftliches Adressbuch der Güter und größeren Höfe der Provinz Schleswig-Holstein (Niekammer's Landwirtschaftliche Güter-Adress–bücher, Bd. 21), Leipzig 1927, S. 330. Zur Funktion des Amtsvorstehers, der vom Oberpräsidenten auf Vorschlag des Kreistags ernannt wurde und hauptsächlich die Polizeiverwaltung wahrnahm, vgl. Alfons Dierschke: Amtsbezirke, Amtsverbände (Preußen), in: Max Fleischmann (Hrsg.), Wörterbuch des deutschen Staats- und Verwaltungsrechts, 1. Bd., Tübingen 1011, S. 104 ff.

24 OL Nr. 239 vom 12.10.1930. Vgl. auch Landesarchiv Schleswig (künftig: LAS) Abt. 301 Nr. 3364: Landrat Stormarn an Oberpräsident, 21.8.1913 und Liste der zu Amtsvorstehern gewählten Personen, 17.9.1919 sowie ebd. Nr. 5093: Landrat Stormarn an Regierungspräsident, 29.1.1930. Vgl. auch Hans-Jürgen Perrey: Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises 1867 bis 1946/47, Neumünster 1993, S. 56 und 91.

25 GAB, 1-12-2: Betriebsobmann der Dynamit AG Geesthacht an Gemeindevorsteher Bargteheide, 1.3.1940.

26 OL Nr. 301 vom 24.12.1917 und Nr. 17 vom 21.1.1918. Wuth hatte auch den Aufruf der Nordmarkenversammlung für einen deutschen Frieden vom 2.9.1917 unterschrieben: Nord-West Nr. 33 vom 30.8.1917. Zur Vaterlandspartei vgl. die gehaltvolle Studie von Dirk Stegmann: Die Deutsche Vaterlandspartei in Schleswig-Holstein. Konservative Sammlungsbewegungen in der Provinz, in: Demokratische Geschichte 20, 2009, S. 41-75.

27 LAS, Abt. 301 Nr. 5093: Landrat Stormarn an Oberpräsident, 11.4.1930

lich absank: Dem kurzen Aufschwung in der Revolutionsphase folgte nach 1924 der Sturz in die Bedeutungslosigkeit. Der Vorstand, der im Dezember 1918 gewählt wurde, spiegelte den betont mittelständischen Habitus dieser Partei. Neben zwei Kaufleuten saßen zwei Volksschullehrer, zwei Angestellte bzw. Beamte und ein Handwerksmeister. Vorsitzender war Kaufmann Richard Schmidt, sein Stellvertreter Hauptlehrer Voß aus Tremsbüttel. Das Programm, das sie präsentierten, enthielt eine Reihe sozial- und kulturpolitischer Komponenten, die man als Zugeständnisse, womöglich als Kooperationsangebote an die Linke werten konnte. Unter den Zielen findet sich die Einheitsschule, die namentlich den begabteren Arbeiterkindern gesellschaftlichen Aufstieg und Zugang zu qualifizierteren Berufen ermöglichen sollte. Erwartungsgemäß machten sich die Demokraten zum Anwalt des Privateigentums und bezogen Abwehrstellung gegen jedwede Form der Sozialisierung, was sie freilich nicht hinderte, für die Bewältigung der enormen Finanzprobleme im Reich, in den Ländern und Kommunen eine spürbare Besteuerung der großen Vermögen und Kriegsgewinne zu verlangen. Typisch für ihr Repertoire waren regelmäßige, an Vorkriegstraditionen anknüpfende Klagen über die Dominanz „agrarischer Interessen“: in ihren Augen eine der Ursachen dafür, dass in Kreis und Gemeinde die Belange des gewerblichen Mittelstandes nicht ausreichend berücksichtigt würden.[28]

Gemünzt waren solche Seitenhiebe auf die Konservativen, die seit jeher ihre stärksten Bastionen unter den Landwirten und in der höheren Beamtenschaft hatten. Nach der Revolution verschmolzen sie, die bis dahin als Deutsch- und Freikonservative, Antisemiten und Christlich-Soziale unabhängig operiert hatten, zu einer umfassenden, in beinahe sämtlichen Schichten der protestantischen Bevölkerung verankerten Bewegung, der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP). Auch sie plädierte, darin den Liberalen ähnlich, für baldige Wahlen zu einer verfassunggebenden Nationalversammlung. Mit einem positiven Votum zum Parlamentarismus hatte das jedoch nichts zu tun. Es war ein mehr taktisch gemeintes Lippenbekenntnis, geboren aus der nüchternen Einsicht, dass nach Lage der Dinge nur so ein Minimum an Mitsprache gesichert werden konnte. Daran, dass sie die Grundsätze und die Repräsentanten der Demokratie verachteten, ließen die Deutschnationalen nie den geringsten Zweifel. Ihr ideologischer Fluchtpunkt war die Vergangenheit. Den monarchischen Obrigkeitsstaat beschworen sie als Gegenmodell zur republikanischen Verfassungsordnung, die sie als „undeutsch”, als Diktat der alliierten Siegermächte verteufelten. Die Resonanz, auf die sie in Bargteheide stießen, war zu Beginn wenig ermutigend. Der Zulauf zu ihrer im Januar 1919 ins Leben gerufenen Ortsgruppe war gering: Gegen das Potential der DDP nahmen sich ihre 30 Mitglieder eher bescheiden aus.[29]

Denselben Eindruck erweckte eine Kundgebung aus Anlass der im Januar bevorstehenden Wahlen. Der Berichterstatter im Oldesloer Landboten notierte nur „mäßigen“ Besuch, „darunter wohl die

28 Vgl. OL Nr. 282 vom 2.12.1918, Nr. 302 vom 26.12.1918, Nr. 23 vom 28.1.1920, Nr. 36 vom 13.2.1921. Im Januar 1921 ging der Vorsitz auf den Landwirt und Viehhändler August Stahmer über: ebd. Nr. 20 vom 21.1.1921.

29 OL Nr. 8 vom 10.1.1919.

Hälfte Anhänger anderer Parteien", die in der Diskussion mit Polemik nicht sparten.[30] Zu den Häuptlingen der Partei zählten der Richter am Amtsgericht Behring und Amtsvorsteher Wuth, der in seiner Person die Brücke zur Vaterlandspartei von 1917 symbolisierte. Beide muss man im innerparteilichen Spektrum auf dem rechten Flügel ansiedeln. Im März 1922, als die DNVP im Reich ihre erste Zerreißprobe zu bestehen hatte, plädierten sie für einen Kurs strikter Opposition und erteilten den ohnehin zaghaften Versuchen einer Annäherung an das System von Weimar eine Absage.[31] Antisemitische Ressentiments zu schüren war alltägliche Agitationspraxis. Juden figurierten darin als ubiquitäre Sündenböcke. Die Schuld am Weltkrieg maß ein DNVP-Redner in Bargteheide dem „jüdischen internationalen Großkapital" zu.[32] Als an diesem Stil Unbehagen laut wurde, sah sich Behring zu einigen Erläuterungen genötigt, ohne freilich den Kern seiner Überzeugungen preiszugeben. „Wir von der DNVP", präzisierte er in einem Leserbrief an den Landboten, „bekämpfen nicht den ordentlich unter uns lebenden einzelnen Juden, der gewiss in vielen Fällen uns sogar ein guter Mitbürger und Nachbar sein wird, sondern wir verteidigen uns lediglich gegen die das Deutschtum erdrückenden, mehr und mehr alles beherrschende Übermacht des Judentums, besonders des jüdischen Geistes."[33]

Anscheinend zündeten derartige Parolen vorerst nicht. Denn die Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 endeten für die Konservativen mit einer Enttäuschung.[34] Mehr als 10 Prozent der Stimmberechtigten konnten sie nicht für sich mobilisieren. Die Parteien der Mitte und der Linken, die SPD und DDP, verbuchten dagegen einen außerordentlichen Erfolg. Sie erreichten knapp 85, davon die SPD 44 und die DDP 44,5 Prozent. Für die Liberalen lag das Ergebnis weit über dem Durchschnitt. So spektakulär es im Einzelnen sein mochte: Bezogen auf die Provinz, in deren politischer Kultur oppositionell freisinnige, hier und da antipreußische Mentalitäten verwurzelt waren, setzte es, wenngleich auf höherem Niveau, den Vorkriegstrend fort. Zwei Jahre später allerdings wurde deutlich, dass der Trend nicht von Dauer war. Bei den Wahlen am 21. Februar 1921, die in Schleswig-Holstein wegen der Abstimmung in Nordschleswig die Reichstagswahl vom 20. Juni 1920 nachholten, kehrte er sich um. Die solide Mehrheit von Sozialdemokraten und Linksliberalen wurde zertrümmert. Die SPD schrumpfte auf 21 Prozent. Ihre Sympathisanten waren in hellen Schare zu den Kommunisten übergelaufen, die auf stattliche 15 Prozent kamen. Dasselbe Schicksal erlitt die DDP. Sie büßte fast zwei Drittel ihrer Wähler ein, die sich überwiegend für die rechtsliberale Konkurrenz entschieden, die Deutsche Volkspartei (DVP). Diese hatte die Nachfolge der Nationalliberalen aus dem Kaiserreich angetreten und favorisierte ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen. Im Januar 1919 war sie in Bargteheide nicht über drei Prozent hinausgelangt, hatte inzwischen aber ihre Organisation ausgebaut und bot sich dem unzufriedenen Anhang der Demokraten als Alternative an. Ihr Anteil schnellte 1921 auf 28 Prozent empor, verneunfachte sich also. Die DNVP profitier-

30 OL Nr. 12 vom 15.1.1919.

31 OL Nr. 64 vom 17.3.1922. Bei dieser Gelegenheit wurde eine Bezirksgruppe der DNVP mit sechs Ortsgruppen gegründet, die 14 Ortschaften abdeckten. Vorsitzender auch hier war Behring.

32 OL Nr. 12 vom 15.1.1919.

33 OL Nr.20 vom 24.1.1919.

34 Eine genaue Aufschlüsselung der Wahlergebnisse geben die Tabellen im Anhang. Dort auch die Nachweise über die benutzten Quellen. Zu den Wahlen vgl. Frank Omland: „Wie ihr wählt, so wird regiert!". Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1919-1924, in: ZSHG 132, 2007, S. 133-176 sowie ders.: „Warum wählt der Schleswig-Holsteiner nationalsozialistisch?" Wahlen, Wählerherkünfte und Wählerwanderungen in Schleswig-Holstein 1928-1933, in: ZSHG 133, 2008, S.125-168.

te von dieser Wählerbewegung zunächst nicht, sondern verharrte bei 10 Prozent. Überschaut man die beiden Wahlen, so wird ein Ruck nach rechts sichtbar, wenn auch fürs erste noch gebremst, parallel dazu ein Anwachsen linksradikaler Strömungen. Gegen die unzweideutig republikanischen Parteien DDP und SPD mit gut 36 Prozent standen im Dorf einerseits die Kommunisten, andererseits die Rechtsparteien DVP und DNVP mit insgesamt über 50 Prozent der Stimmen. Die Basis der Weimarer Demokratie war also schon zu diesem frühen Zeitpunkt beträchtlich zusammengeschmolzen. Die Wahlen von 1920/21 markierten insofern einen machtpolitisch kaum zu überschätzenden Wendepunkt. Sie leiteten eine Entwicklung ein, die sich mit sehr viel gravierenderen Konsequenzen dann nach 1924 voll entfalten sollte.

Angekündigt hatte sich dieser Umschwung zugunsten bürgerlicher Mehrheiten schon im März 1919 bei den Wahlen zum Gemeindeparlament, bei denen das gleiche und nicht mehr das Klassenwahlrecht galt, das die Stimmen nach der Steuerleistung gewichtet und die einkommensschwachen Bevölkerungsschichten, insbesondere die Arbeiter, krass benachteiligt hatte. Auch die Frauen durften ebenso wie bei den Wahlen auf Reichs- und Landesebene zu den Urnen gehen, begnügten sich freilich mit einer passiven Rolle, da ihnen Parteien und Verbände keine Kandidaturen eingeräumt hatten. Politik, namentlich im Rahmen der Gemeinde, blieb eine Domäne der Männer.[35]

Wegen ihrer spezifisch lokalen Färbung sind Wahlen zu den kommunalen Körperschaften nicht oder nur bedingt mit denen zum Reichstag und zum Landtag zu vergleichen. Für das politische Klima waren sie dennoch ein wichtiges Barometer. Konnte man die Januarwahlen noch als Votum für ein Bündnis der linken Mitte interpretieren, so lief nun im März alles auf eine Mitte-Rechts-Koalition hinaus. Bereits die Aktivitäten im Vorfeld hatten hier die Weichen gestellt. Überzeugt, dass für die dörflichen Belange vorwiegend „wirtschaftliche Interessen“, nicht jedoch im engeren Sinne parteitaktische Erwägungen maßgebend seien, strebte man eine antisozialistische ‘Einheitsfront’ an.[36] Obwohl sonst Zielscheibe heftiger Angriffe der Deutschnationalen, verständigten sich die Demokraten mit der DNVP auf einen gemeinsamen Wahlvorschlag mit Kaufmann Ernst Möller, dem Vorsitzenden des Bürgervereins, an der Spitze, gefolgt von Sparkassenrendant Vagt, im Vorstand der örtlichen DDP einer der Beigeordneten, und Amtsvorsteher Wuth als Exponent der Konservativen. Nur im Handwerkerbund regte sich Widerstand. Da dieser für sich mehr aussichtsreiche Plätze reklamierte, als ihm zugebilligt worden waren, entschied er sich für eine eigene, rein berufsständische Liste, angeführt von Sattlermeister Gustav Soll, die sich aber sofort nach den Wahlen mit der von Möller, Vagt und Wuth verband, so dass die bürgerliche Fraktion über acht Mandate gegen vier der SPD verfügte.[37]

Damit war klar, dass der Posten des Gemeindevorstehers einem Vertreter ihrer Couleur zufallen würde. Über seine Wahl entspann

35 So schon in einem Leserbrief eine anonym bleibende Bargteheiderin: OL Nr. 47 vom 25.2.1919.
36 OL Nr. 37 vom 13.2.1919.
37 OL Nr. 42 vom 19.2.1919, Nr. 44 vom 21.2.1919 und Nr. 52 vom 3.3.1919.

Rechte Seite:
Louis Biester (1882-1965), ehemaliger Lehrer; Gemeindevorsteher in Hoisbüttel; Mitglied des Deutschen Reichstages 1924-1933 (SPD); Mitglied des Stormarner Kreistages und des Provinziallandtages 1920-1933.
Quelle: Reichstags-Handbuch, III. Wahlperiode 1924, hrsg. vom Bureau des Reichstages, Berlin 1925, S. 463.

sich allerdings eine Kontroverse. Strittig war nicht nur die Frage nach dem Wer, sondern auch, ob die bis dahin ehrenamtlich ausgeübte in eine besoldete Funktion umgewandelt werden sollte. Vor allem in der DDP plädierte man unter Hinweis auf die Komplexität der künftig zu bewältigenden finanz- und sozialpolitischen Aufgaben für eine personelle und strukturelle Flurbereinigung. „Die neue Zeit erfordert neue Männer", lautete die Devise. Bargteheide benötige, argumentierte etwa Kreisausschusssekretär Rapreger, gute Kontakte zu den „höheren Behörden".[38] Dahinter verbarg sich das Kalkül, dass ein liberaler Gemeindevorsteher beim liberalen Landrat Knutzen in Wandsbek offenere Türen finden würde als ein konservativer. Diese Auffassung konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Am 26. September wurde der bisherige Amtsinhaber, Jakob Hinrich Ramm, mit elf Stimmen, also auch mit denjenigen der Sozialdemokraten, bestätigt. Die Scheu vor zusätzlichen Kosten zu Lasten des Gemeindesäckels, wohl auch das Bedürfnis nach Kontinuität waren stärker als der Wunsch nach Modernisierung und Professionalisierung der dörflichen Administration.

Gegen diese auf Sicherung des Status quo bedachten Konstellationen hatten es die Sozialdemokraten schwer, sich zu behaupten. Anders als in den hamburgischen Randgemeinden Südstormarns[39] blieb ihr Profil in Bargteheide blass, sei es, dass sie sich im dörflichen Milieu durch nachbarschaftliche oder verwandtschaftliche Beziehungen zu sehr verwurzelt fühlten, um zugkräftige Alternativen entwerfen zu können, sei es, dass es ihnen an Selbstvertrauen, Phantasie und Machtinstinkt gebrach. Ihr Einfluss jedenfalls hielt sich in engen Grenzen. Das Reservoir, aus dem sie schöpften, war beschränkt und keineswegs identisch mit jenen 44 Prozent, die sie bei den Januarwahlen hinter sich gebracht hatten. So schnell, wie ihnen die Menschen zugeströmt waren, kehrten sie ihnen wieder den Rücken. Schon im Frühjahr 1919 hatte die Bargteheider SPD ihren Zenit überschritten. Fortan begnügte sie sich mit der Position einer qualifizierten, in sich relativ homogenen Minderheit. Die Ortsgruppe war nach dem Urteil von Louis Biester, damals der Chef der sozialdemokratischen Kreistagsfraktion, „gut", aber „schlapp".[40] Sie glänzte mehr durch unauffällige Kleinarbeit als durch spektakuläre, werbewirksame Aktionen.

Hinzu kam, dass sie unter wachsenden Druck von links geriet. Die radikaleren Elemente, unzufrieden mit der gemächlichen Gangart der Partei, spalteten sich ab und wechselten zur Unabhängigen Sozialdemokratie über, die damit, zwei Jahre nach ihrer Konstituierung im Reich, auch in Bargteheide Fuß fasste. Heinrich Pawlitzki, bei den Kommunalwahlen im März 1919 noch die Nummer eins auf der sozialdemokratischen Liste, legte im Juni sein Mandat nieder, distanzierte sich vom „arbeiterfeindlichen Verhalten" seiner ehemaligen Genossen und sprach von „massenhaften" Übertritten zur USP.[41] Das mochte übertrieben sein: Zumindest lässt es sich nicht exakt beziffern. Aber die Zahl derer, die nicht auf parlamentarische Kompromisse, sondern auf Agitation und Revolutionierung bauten,

38 OL Nr. 217 vom 16.9.1919 sowie GAB, 1-12-2: Ergebnis der Gemeindevorsteherwahl, 26.9.1919.
39 Einen recht guten Überblick dazu bietet ein Artikel im sozialdemokratischen Bergedorf-Sander Volksblatt Nr. 262 vom 9.11.1931 (Revolution in Stormarn).
40 Louis Biester: Erinnerungen an den Kapp-Putsch 1920 im Kreis Stormarn, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1984, S. 76; zu Biester vgl. jetzt vor allem Hans-Jürgen Perrey (Hrsg.), Louis Biester. Geschichte eines politischen Lebens. Eine Dokumentation, Berkenthin 2005.
41 GAB, 1-12-4: Pawlitzki an Gemeindevorsteher Ramm, 18.6.1919.

war offenbar angeschwollen. Die Töne, welche die Unabhängigen in ihrer Kampagne anschlugen, waren an Unversöhnlichkeit kaum zu übertreffen. Sie wetterten gegen das „Lumpengesindel an der Staatskrippe“[42], streuten Verdächtigungen aus und apostrophierten den Amtsvorsteher als Kohlenschieber. Die verbreitete Empörung über die unzureichenden Versorgungsverhältnisse suchten sie so auf ihre Mühlen zu lenken. Julius Pfeiffer, der Wortführer der örtlichen USP, ritt im Januar 1920 eine scharfe Attacke und organisierte eine Demonstration von ungefähr 100 Teilnehmern, die – wenn auch vergeblich – die Einsetzung einer Kohlenkontrollkommission verlangte. Wuth wehrte sich gegen die vorgebrachten Anschuldigungen mit einer Strafanzeige beim Amtsgericht, das Pfeiffer zu 20 Mark Geldbuße verurteilte und dem Kläger bescheinigte, dass er – ungeachtet etlicher Unregelmäßigkeiten – seine Befugnisse nicht zu privaten Zwecken missbraucht habe.[43]

Die Unabhängigen spielten allerdings nur eine kurze Gastrolle, waren nur Durchlauferhitzer für die Kommunisten. Wann genau diese sich in Bargteheide etablierten, ist nicht bekannt, wahrscheinlich nicht vor Oktober 1920, als auf Reichsebene der linke Flügel der USP mit der KPD verschmolz. Aus der Bargteheider Ortsgruppe der USP wurde eine solche der KPD mit Julius Pfeiffer an der Spitze. Ähnlich wie vor dem Krieg die SPD rückte nun die KPD als „innerer Feind” in das Zentrum der behördlichen Aufmerksamkeit. Soweit sie sich nicht durch Abtauchen in die Illegalität abschirmte, wurden ihre Aktivitäten sorgsam registriert. In den ländlichen Bezirken widmeten sich dieser Aufgabe die Amtsvorsteher, die als Polizeiherren zu kontinuierlicher Überwachung und Berichterstattung an die übergeordneten Instanzen verpflichtet waren. Den Beobachtungen Wuths verdanken wir daher ein relativ geschlossenes Bild.[44]

Da die Bargteheider Kommunisten im Gemeindeparlament nicht vertreten waren, benutzten sie die Straßen und den Marktplatz als Foren, um sich in Szene zu setzen und ihren Parolen Nachdruck zu verleihen. Ideologisch an das „Modell Sowjetunion” angelehnt, zudem straff dirigiert durch die Zentrale in Berlin, kämpften sie gegen Regierung und Kapitalismus, vor allem aber gegen die SPD und die Gewerkschaften, die angestammten Repräsentanten der Arbeiterschaft, deren Anhang sie zu desorientieren und abzuwerben trachteten.[45] Lautstarke Aufmärsche richteten sich ebenso wie zahlreiche, in Volksversammlungen verabschiedete Resolutionen gegen Spekulation und Ausbeutung, protestierten gegen immer höher schlagende Wellen der Teuerung, gegen den rapiden Verfall der Reallöhne und das tatsächlich dramatisch sinkende Niveau der Lebenshaltung. Spezielle „Rote Landsonntage“[46] zielten auf die Gewinnung von Landarbeitern und Kleinbauern und in den Betrieben konzentrierte man sich darauf, Betriebsräte und Betriebsobleute mit kommunistischen Losungen zu infiltrieren. Das dadurch mobilisierte Potenzial im Dorf lässt sich nur schätzen. Dass es beachtlich war, kann man aus den Resultaten der Reichstagswahl im Februar 1921 ablesen: Mit 185 Stimmen, einer Quote von knapp 15 Prozent, hatte die KPD die

42 OL Nr. 138 vom 16.6.1919.
43 OL Nr. 5 vom 7.1.1920, Nr. 11 vom 14.1.1920 und Nr. 97 vom 26.4.1920.
44 Vgl. dazu die Korrespondenzen zwischen Amtsvorsteher Wuth und Landrat Knutzen, in: Archiv Bargteheide-Land (künftig ABL), 9b-1 bis 3.
45 Vgl. ABL, 8b-1: Landrat Stormarn an die Ortspolizeibehörden, 2.11.1922 und Amtsvorsteher Wuth an Landrat, 9.11.1922.
46 ABL, 9b-2-1: Amtsvorsteher Wuth an Landrat Stormarn, 18.10.1922.

sozialdemokratische Konkurrenz zwar nicht überflügelt, aber doch beinahe erreicht.

Einem Kulminationspunkt trieb die linksradikale Agitation im Herbst 1923 entgegen, als die innenpolitische Situation einem Siedekessel glich. Bargteheide wurde Schauplatz eines Kommunistenputsches. Vorbereitungen dazu liefen auf Reichsebene seit dem Sommer. Ein Generalstreik sollte das Signal für eine bewaffnete Erhebung auslösen. Da sich die am 21. Oktober in Chemnitz tagende Betriebsrätekonferenz, von der man entsprechende Beschlüsse erwartete, den Wünschen der KPD verweigerte, blies diese das geplante Unternehmen überhastet ab. Aus nicht völlig geklärten Ursachen brach dennoch am Morgen des 23. Oktober in Hamburg ein Aufstand los, der sogleich auf die Randgemeinden im Kreis Stormarn überschwappte.[47] Pfeiffer war offenbar von Abgesandten aus der Leitung des Bezirks Wasserkante schon ein paar Tage zuvor instruiert worden. Die lokalen Behörden hatten zwar einiges geahnt und Hausdurchsuchungen vorgenommen, aber weder Waffen noch belastendes Material gefunden[48], so dass die Angreifer das Moment der Überraschung auf ihrer Seite hatten. Am Abend des 22. Oktober tauchte ein KP-Mann aus Jenfeld auf und „befahl den Feldwebeln der Bargteheider Kommunisten“, wie das Hamburger Echo schrieb, „ihre Truppen ausmarschieren zu lassen.“ In der Wohnung eines der Rädelsführer, August Splinter, hieß es weiter, „wurde den Versammelten klargelegt, dass in Hamburg die Rätediktatur errichtet sei und dass die Bargteheider ebenfalls losschlagen müssten. Wer nicht mitmachen wolle, werde erschossen. Gruppen wurden gebildet zur Entwaffnung des Ortes, zur Absperrung der Landstraße durch Fällen von Bäumen, zum Aufreißen der Eisenbahnschienen. Auf der Landstraße Bargteheide-Delingsdorf wurden zwei Bäume gefällt und quer auf die Straße gelegt. Die Entwaffnungsgruppe zog nach dem Bahnhof, ließ einen nach Hamburg bestimmten Güterzug anhalten und verlangte vom Lokomotivführer den Schraubenschlüssel. Die andere Entwaffnungsgruppe betätigte sich mit der Konfiskation von Waffen, dabei Widerstrebenden entsicherte Infanteriegewehre und geladene Revolver auf die Brust haltend. Der Amtsvorsteher Wuth wurde gezwungen, einen Revolver und zehn einem Kriegerverein gehörende Gewehre sowie Wildererschusswaffen auszuliefern. Im Amtszimmer wurden die Telefondrähte zerschnitten.“[49]

Lange währte dieses Treiben allerdings nicht. Zwei Lastwagen mit Mannschaften der Reichswehr setzten dem Spuk am Morgen des 23. Oktober ein schnelles und unblutiges Ende. Die Aufrührer wurden festgenommen und nach Lübeck transportiert, später nach Hamburg überstellt. Pfeiffer konnte zunächst fliehen, wurde aber kurz darauf – verkleidet und mit russischem Namen getarnt – aufgegriffen. Vor der politischen Strafkammer in Altona wurde ihm und seinen Mitstreitern im Juli 1924 der Prozess gemacht. Die Urteile fielen drastisch aus, drastischer jedenfalls als gegen die Verantwortlichen des Münchener Hitlerputsches. Wegen Hochverrats wanderten die meisten in Festungshaft, Pfeiffer für drei Jahre und drei Monate,

47 Vgl. Angelika Voß: Der „Hamburger Aufstand“ im Oktober 1923, in: Hamburg im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts, Hamburg 2000, S. 167-218.

48 ABL, 8b-1: Amtsvorsteher Wuth an Landrat Stormarn, 14.10.1923 (nach telefonischer Anweisung des Landrats).

49 Hamburger Echo Nr. 182 vom 5.7.1924 (Der Oktoberaufstand der Bargteheider Kommunisten). Vgl. auch OL Nr. 250 vom 25.10.1923 (Unruhen in Bargteheide) und OL Nr. 258 vom 3.11.1923 und Nr. 283 vom 4.12.1923.

ebenso August Splinter. Für die KPD in Bargteheide war das ein herber Rückschlag. Ihre Ortsgruppe, zwangsweise personell ausgedünnt und wie die Gesamtpartei bis zum März 1924 verboten, verlor ihren aktivistischen Kern und büßte an Ausstrahlung ein.[50] Gleichwohl blieb sie präsent, operierte aber für etliche Zeit im Hintergrund der Bühne. Die Ruhe, die sich nach dem gescheiterten „Roten Oktobe" ausbreitete, war jedoch, wie sich bald zeigen sollte, trügerisch.

Bürgerliche Politik und Aufstieg des Nationalsozialismus. Gleich viermal wurden die Bürger 1924, dem ersten Jahr im Zeichen der Stabilisierung, zur Stimmabgabe aufgerufen, im Mai 1924 zur Wahl der Gemeindevertretung und des Reichstags. Letztere wurde im Dezember nach dessen vorzeitiger Auflösung wiederholt: parallel mit den Wahlen zum preußischen Landtag, dessen Legislaturperiode fristgemäß abgelaufen war. Dabei wurde deutlich, dass der Trend, der sich bereits 1921 angekündigt hatte, ungebremst fortdauerte: Die Masse der Wähler war von der Mitte in das Lager der Rechten geschwenkt. Nun allerdings profitierten von der Wanderung und der hohen Wahlbeteiligung nicht mehr die Liberalen in der DVP, sondern die Konservativen in der DNVP, die sich als die eigentlichen Sieger der Reichstagswahlen fühlen durften. Das Votum der Bargteheider unterschied sich in dieser Hinsicht nur graduell von dem im übrigen Schleswig-Holstein. Verglichen mit 1921 konnten die Deutschnationalen ihr Potenzial gut verdreifachen. Von kargen zehn kletterten sie auf 32 Prozent, im Dezember legten sie dann noch einmal drei Prozent zu, wobei sie den Durchschnitt in der Provinz leicht übertrafen.

Die Konkurrenz musste fast überall empfindliche, zum Teil dramatische Verluste einstecken. Am härtesten traf es die Liberalen. Die DVP schrumpfte im Mai um 18, die ohnehin geschwächte DDP um sechs Prozent, beide Richtungen des organisierten Liberalismus kamen zusammen auf 24 Prozent, ein Resultat, das im Dezember trotz einer leichten Aufwärtsbewegung um je drei Punkte im Prinzip bestätigt wurde. Einzig die SPD behauptete in etwa ihr Terrain, büßte gegen 1921 zweieinhalb Prozent ein, glich den Verlust im Dezember aber aus und verbesserte sich auf 21 Prozent. Sehr viel stärker in Mitleidenschaft gezogen wurde die KPD. Sie verlor im Mai fünf, im Dezember weitere zwei Prozent. Wie sich weisen sollte, waren die Parteien der Weimarer Koalition, die SPD und die DDP, mit insgesamt 28 bzw. 34 Prozent in eine Position hoffnungsloser Minderheit geraten. Selbst wenn man die Liberalen von der Partei des Außenministers Stresemann hinzurechnet, erreichten sie weder die absolute noch die relative Mehrheit, ganz abgesehen davon, dass ihr Fundus an Gemeinsamkeiten und die Möglichkeiten zu koalitionspolitischen Kombinationen nicht größer, sondern kleiner geworden waren.

In Bargteheide bewegte sich die Weimarer Republik ebenso wie in Schleswig-Holstein auf schmaler gewordenen Fundamenten. Der Auszehrungsprozess auf Seiten der verfassungsloyalen Parteien hat-

50 Vgl. den Prozessbericht im Hamburger Echo (wie Anm. 49) sowie OL 157 vom 6.7.1924 (Der Aufruhr in Bargteheide vor der politischen Strafkammer); ferner ABL, 8b-1: Liste der Festgenommenen und nach Lübeck Transportierten, o. D., und Rundverfügung Landrat Stormarn, 8.12.1923.

te jedenfalls nicht gestoppt werden können, und die Bindungen an die Demokratie und deren Repräsentanten hatten sich beträchtlich gelockert.

Ohne Zweifel das hervorstechendste Merkmal der Wahlen von 1924 war der Erdrutsch zugunsten der Deutschnationalen. Womöglich wäre er noch überwältigender ausgefallen, hätte es nicht jene scharf rechts operierende Alternative gegeben, die sich im Mai zum ersten Mal mit eigenen Listen und Kandidaturen zu Wort meldete und auf Anhieb knapp 16 Prozent verbuchte. Im Wahlkreis Schleswig-Holstein firmierte sie als Völkisch-Sozialer Block, schon darin ihre Distanz zum etablierten Parteiengetriebe signalisierend. Block: Das stand als Chiffre für ein locker gefügtes Bündnis heterogener Kräfte und Gruppierungen aus dem verzweigten Milieu völkischer Gesinnungen und Traditionen, deren Wurzeln bis ins Kaiserreich zurückreichten.

Durch den Weltkrieg, den Umsturz von 1918, den Friedensvertrag von Versailles und die Inflation hatten sie zusätzlichen Auftrieb erhalten. Hier mischte sich das Ressentiment all derer, die sich zu kurz gekommen wähnten, mit vulgärem, zuweilen „wissenschaftlich" drapiertem Radau- und Rassen-Antisemitismus, hier sammelten sich versprengte Nationalsozialisten wie der Altonaer Stadtverordnete und spätere Gauleiter Hinrich Lohse, Alldeutsche und ehemalige Vaterlandsparteiler wie Rechtsanwalt und Notar Richard Hüttmann, der frühere zweite Vorsitzende des Landesverbandes Schleswig-Holstein, der 1919 von Altona nach Bargteheide übergesiedelt war[51], außerdem Antisemiten und Deutschvölkische, die 1918 in der DNVP eine vorübergehende Heimstatt gefunden, sich aber 1922 von ihr abgespaltet hatten und in Norddeutschland den Block zunächst unbestritten dominierten.

So sehr die Anschauungen im Einzelnen differieren mochten: Der gemeinsame Nenner war strikte Negation und kompromisslose Ablehnung des Parteienstaates. Parteien könnten, ließ bereits 1922 die Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes verlauten, „keine Rettung bringen."[52] Die Parolen, die man im Wahlkampf ausstreute, lauteten: „Fort mit dem verjudeten Parteiplunder"[53], fort mit der in Versailles fixierten europäischen Nachkriegsordnung, fort mit Republik und Parlamentarismus. Das sozialpolitische Zauberwort hieß „Volksgemeinschaft", gedacht als Gegenpol zum „Klassenkampf" der Gewerkschaften, Sozialdemokraten und Kommunisten, die man stets bedenkenlos in einen Topf warf. Sozialistisch meine nicht „Abschaffung der Privatwirtschaft", präzisierte Lohse auf einer Kundgebung in Bargteheide, sondern „Gewinnbeteiligung der Angestellten und Arbeiter im Betrieb."[54] Bewusst wurde der Konflikt mit den anderen bürgerlichen Parteien gesucht, insbesondere mit der DVP, auf deren Versammlungen Anhänger der Völkischen auftraten, um die Anwesenden mit ihrer Sicht der Dinge zu infizieren und die Liberalen unter Druck zu setzen. Dies fiel umso leichter, als jene sich scheuten, die völkische Bewegung offen zu kritisieren. Im Gegenteil, einer der volksparteilichen Referenten attestierte ihr durchaus

51 Vgl. die Personalakte Hüttmanns im LAS, 355 Bargteheide Nr. 1165 sowie die Entnazifizierungsakte ebd., Abt. 460.15 Nr. 170 Hüttmann. Hüttmann trat am 1. Mai 1933 der NSDAP bei, zuvor hatte er in Bargteheide die völkische Arbeitsgemeinschaft geleitet, 1927 war er Ludendorffs Tannenbergbund beigetreten. Von 1936 bis 1945 fungierte er als Kreisbeauftragter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP, hatte sich aber, wie er im Spruchkammerverfahren behauptete, „auf dem Gebiet der Judenfrage nicht betätigt". Von 1935 bis 1940 saß er im Gemeinderat. 1945 internierten ihn die Engländer und erteilten Berufsverbot, das nach Einstufung in Kategorie V (unbelastet) im Dezember 1949 aufgehoben wurde.

52 OL Nr. 118 vom 21.5.1922.

53 Aus einem Flugblatt des Blocks, zit. nach Rudolf Rietzler: „Kampf in der Nordmark". Das Aufkommen des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein (1919-1928), Neumünster 1982, S. 220. Dort auch auf den folgenden Seiten eine Analyse der Wahlen. Vgl. ferner Omland: Wie ihr wählt (wie Anm. 34), S. 160 ff.

54 OL Nr. 287 vom 6.12.1924.

„große Gedanken und Ideale“, fügte freilich hinzu: „sie steckt noch zu sehr in den Kinderschuhen und entbehrt vor allem der richtigen Führer.“[55]

Gestellt im Herbst 1924, war diese Diagnose so falsch nicht, denn bei den Dezemberwahlen wurde der Block, der sich nun Nationalsozialistische Freiheitsbewegung nannte, nicht zuletzt wegen interner Querelen auf eher magere sechs Prozent zurückgestutzt. Bemerkenswert jedoch bleibt, dass sowohl im Mai als auch im Dezember die Völkischen und Nationalsozialisten in Bargteheide merklich besser abschnitten als in der Provinz und im Reich. Gegen 16 Prozent im Mai standen 7,4 bzw. 6,5 Prozent, gegen sechs Prozent im Dezember standen 2,7 bzw. drei Prozent. Bargteheide gehörte demnach neben Städten und Dörfern wie Kappeln, Mölln, Hohenwestedt, Rendsburg, Husum und Wesselburen zu den frühen Hochburgen des völkischen Radikalismus. Da überdies die Grenzen zwischen Völkischen und Deutschnationalen fließend waren, sich beide zwar nach außen befehdeten, ideologisch aber am selben Strang zogen, kommt man, wenn man ihre Anteile zusammenrechnet, auf ein konservativ bis rechtsradikal abschattiertes Potenzial von 48 bzw. 41 Prozent: Ergebnisse, die von denen, welche NSDAP und DNVP nach 1930 einfahren sollten, nicht allzu weit entfernt waren.

Die Maiwahlen waren ausgesprochene Krisenwahlen. Ein halbes Jahr danach, im Dezember, hatten sich mit dem Aufschwung der Konjunktur die Gemüter wieder beruhigt. Die Bereitschaft, sich für links- oder rechtsaußen zu entschieden, war jedenfalls spürbar gesunken. Aus den Verlusten der Kommunisten dürften im Wesentlichen die Sozialdemokraten Kapital geschlagen haben, die Deutschnationalen gaben vermutlich Stimmen an die Liberalen ab, kompensierten dies aber, indem sie einen Teil der völkischen Sympathisanten absorbierten.

Die Freiheitsbewegung hatte ihren Höhenflug nicht stabilisieren können, blieb jedoch präsent. Fortan verfolgte sie eine Art Doppelstrategie, pflegte einerseits die Kooperation mit Gesinnungsgenossen in der DNVP, schaltete andererseits immer dann auf Konfrontation, wenn sie dort Halbherzigkeit und mangelnde Prinzipientreue witterte.

Diese Taktik hatte sie bereits bei den Gemeindewahlen praktiziert, wohl auch aus dem Kalkül heraus, dass für die kommunalen Körperschaften eigene Gesetze galten und ein Zuviel an Polarisierung eher Schaden als Nutzen stiften würde. Mit dem Oberpostsekretär von der Heyde platzierte sie einen der Ihren auf der „Liste Wuth“[56], die mit 48 Prozent ihren Erfolg vom März 1919 bestätigte, wie überhaupt im Kräftefeld der lokalen Politik vorerst keine einschneidenden Umschichtungen zu verzeichnen waren. SPD und Gewerkschaften behaupteten sich ebenso wie neben der bürgerlich deutschnationalen Mehrheits- eine bürgerlich liberale Minderheitsfraktion, die sich auf den örtlichen Verkehrsverein und die Turnervereinigung stützte und sich vor allem um deren bisher nicht genügend beachtete Interessen kümmern wollte.[57]

55 OL Nr. 268 vom 13.11.1924.

56 OL Nr. 103 vom 2.5.1924. Von der Heyde rangierte allerdings auf dem aussichtslosen achten Platz und erhielt kein Mandat.

57 OL Nr. 63 vom 14.3.1924 und Nr. 29 vom 4.2.1925.

Der politische Klimawechsel und die ihn begleitenden Frontstellungen traten insofern bei den Reichstags- und Landtagswahlen schärfer zu Tage als bei den Gemeindewahlen, bei denen man sich mehr an spezifisch dörflichen Belangen ausrichtete und bürgerlichen Sammellisten den Vorzug vor reinen Parteilisten gab. Am generellen Befund jedoch änderte das nichts. Die Sozialdemokratie hatte ihr Reservoir mit rund 20 Prozent offenbar bis zur Neige ausgeschöpft und sich auf dem bereits 1921 erreichten Niveau eingependelt. Die liberale Mitte war erheblich dezimiert worden, die Rechte segelte im Aufwind und war vom Rand in das Zentrum der Wählergunst gerückt. In diesen Gewichtsverschiebungen hatte ein auch in der Provinz wie im Reich seit längerem zu beobachtender Klärungsprozess seinen vorläufigen Abschluss gefunden, in den sich freilich die Keime neuer Gärung mischten. Im Dezember konnten sie zwar eingedämmt, nicht aber völlig neutralisiert werden, und im Blick auf künftige Entwicklungen war es eine durchaus offene Frage, welche der beiden Rechtsströmungen auf Dauer die Oberhand gewinnen würde: die gemäßigt konservative oder die radikal völkische.

Zunächst jedoch schien es, als hätten sich die Deutschnationalen fest in den Sattel geschwungen. Sie waren es, die den Verhältnissen bis 1927/28 den Stempel aufdrückten. Von ihrem öffentlich zur Schau getragenen Selbstverständnis, eine breite „Volks-“ und keine „Standesvertretung“[58] zu sein, waren sie in Wirklichkeit weit entfernt. Denn um ihre Fahne scharten sich in der Hauptsache die Landwirte und das kleine bis mittlere Bürgertum, und zwar nicht nur die Generation der Väter, sondern auch die der Söhne, für die im März 1923 eine Ortsgruppe der Bismarckjugend installiert worden war[59]: eine von mehreren Neugründungen im konservativen Milieu, die allesamt darauf abzielten, den Nachwuchs trotz eines betont überparteilichen Anstrichs für die parteipolitischen Zwecke der Deutschnationalen und Völkischen zu mobilisieren und einzuspannen. Die 14 zur Kommunalwahl präsentierten Kandidaten waren Bauern, Handwerker, Beamte und Kaufleute im Verhältnis fünf zu vier zu drei zu zwei.[60] Der sozialen Verankerung entsprach die organisatorische. Ihren stabilsten Rückhalt besaß die DNVP traditionell im Landbund, in Bargteheide die stärkste Gruppierung im Geflecht der agrarischen Interessenverbände. An seiner Spitze agierte Amtsvorsteher Wuth, der sich auch außerhalb seiner Partei einer gewissen Wertschätzung erfreute und vielleicht am ehesten als Repräsentant der gesamten Gemeinde gelten konnte. Das zweite Standbein hatten die Deutschnationalen im Nordwestdeutschen Handwerkerbund unter Vorsitz des 1924 gewählten Gemeindevorstehers und Kreistagsabgeordneten Fritz Heecks, den seine Gegner auf dem rechten, insgesamt wenig kompromissbereiten Flügel ansiedelten. Von Louis Biester stammte in diesem Zusammenhang das abschätzige Wort vom „wilden Mann“, ein Urteil, das eine vage Ahnung von den Animositäten im Dorf vermittelt, sich wegen der spärlich fließenden Quellen indes nicht näher konkretisieren lässt.[61]

58 OL Nr. 70 vom 24.3.1925 (Oberpostinspektor Schultz-Altrahlstedt auf dem Kreisparteitag in Bad Oldesloe).

59 OL Nr. 56 vom 8.3.1923. Vgl. auch ABL, 9b-3: Landrat Stormarn an Amtsvorsteher Wuth, 8.9. und dessen Antwort, 20.9.1923.

60 OL Nr. 103 vom 2.5.1924.

61 OL Nr. 235 vom 7.10.1926 (Bericht über eine öffentliche Versammlung der SPD, die sich mit Problemen der Finanzpolitik im Kreis Stormarn beschäftigte).

Zu den Berufsverbänden gesellten sich als dritte Säule die Wehrverbände, der Stahlhelm und der Wehrwolf, die seit Frühjahr 1924 in der Gemeinde Fuß fassten und zunehmend das Erscheinungsbild der politischen Rechten prägten. Sie begriffen sich als das nationale Gewissen der Parteien, beschworen in mancherlei Variation das Erbe des „Deutschtums“ und bekämpften mit Stoßrichtung gegen SPD und KPD den, wie sie meinten, „immer noch in weiten Kreisen wuchernden Internationalismus“.[62] Aus dem Alltag waren sie bald nicht mehr wegzudenken: mit ihren Umzügen und Uniformen, Parademärschen, von Pastoren durch Predigten wirkungsvoll unterstrichenen Fahnenweihen und feierlichen Appellen, die hier und da in Handgreiflichkeiten mit Anhängern des sozialdemokratischen Reichsbanners einmündeten.[63] Ihre Flagge war das Schwarz-Weiß-Rot der Monarchie, nicht das Schwarz-Rot-Gold der Republik. Als Ideal propagierten sie den autoritären Staat und die Abkehr vom Pluralismus der parlamentarischen Demokratie. „Die Vorsehung“, so ein Gastredner auf einem der „Deutschen Tage“ des Stahlhelms, „schenke uns einen wirklichen Führer, der zunächst einmal das ganze deutsche Volk wieder zusammenschweißt auf einer Linie.“[64] Und der Wehrwolf, der, zahlenmäßig schwächer, sich stets ein Stück radikaler und elitärer als die Konkurrenz gebärdete, bis er 1925 in die Krise geriet, bekannte sich in einem offenen Brief, als im Sommer 1924 leidenschaftliche Debatten um die Reparationsregelungen des Dawes-Planes ausgefochten wurden, zu „äußerstem Widerstand gegen diese unmännliche Politik“. Den Rechtsparteien empfahl er, sich „unter Zurückstellung alles Trennenden zu einem vaterländischen Notblock“ zusammenzuschließen und die Wege zu einer „nationalen Regierung“ zu ebnen.[65]

Das war eine unüberhörbare Warnung an die Adresse der DNVP, deren Reichstagsfraktion sich im August den Luxus einer gespaltenen Abstimmung leistete, dadurch die Dawes-Gesetze passieren ließ und sich danach anschickte, gemeinsam mit den Liberalen und dem katholischen Zentrum eine Koalition zu bilden. Wir wissen nicht, welche Konsequenzen diese Entscheidung für die Deutschnationalen in Bargteheide hatte. Zu vermuten ist jedoch, dass sie auch hier mit heftiger Kritik von Seiten der Völkischen konfrontiert wurden. Nach der Wahlschlappe vom Dezember begannen sich deren Reste jedenfalls wieder zu formieren, verzichteten vorerst zwar auf eigene Listen für die 1925 anstehenden Kreistags- und Provinziallandtagswahlen, erklärten aber, nur solche Bewerber unterstützen zu wollen, die Gewähr für Linien- und Prinzipientreue boten, Gewähr dafür, dass sie, wie eine Resolution formulierte, „wahrhaft sozial empfinden und für die Lebensinteressen der schaffenden und arbeitenden Volkskreise mit Entschiedenheit eintreten.“[66]

Zugleich konstituierte sich ein Arbeitsausschuss, zu dessen Geschäftsführung im Kreis der bereits erwähnte von der Heyde berufen wurde.[67] Aus den Berichten in der Presse ist zu schließen, dass jener, wenig später als Deutschvölkische Vereinigung firmierend, eine intensive Werbe- und Vortragskampagne betrieb. Die Themen, auf die

62 OL Nr. 75 vom 28.3.1924. Berichtet wird über die Gründung einer Ortsgruppe am 21.3.1924, der 29 Männer beitraten.
63 OL Nr. 121 vom 26.5.1925 (Deutscher Tag und Fahnenweihe in Bargteheide) sowie ABL, 9b-1: Amtsvorsteher Wuth an Landrat Stormarn, 2.6.1925.
64 OL Nr. 22 vom 27.1.1925.
65 OL Nr. 162 vom 12.7.1924.
66 OL Nr. 229 vom 29.9.1925 (Versammlung völkischer Vertrauensleute im Kreis Stormarn am 26.9.1925). Vgl. auch OL Nr. 266 vom 11.11.1925 (Versammlung der deutschvölkischen Ortsgruppenführer und Vertrauensleute am 6.11.1925).
67 OL Nr. 229 vom 29.9.1925.

man sich konzentrierte, sprachen für sich. Mit Sozialpolitik und den „Lebensinteressen“ der Arbeiter und Angestellten hatten sie nichts zu tun, dafür umso mehr mit der „Gliederung und den Wanderzügen der Germanen“, dem „großen Betrug der ernsten Bibelforscher“, mit Vererbung, „Rasse und Auslese“[68], kurzum: Antisemitische Mentalitäten existierten unvermindert fort, hatten sich keineswegs im Schmollwinkel verkrochen. Im Gegenteil, die Impulse, die sie ausstrahlten, waren derart, dass auch die Deutschnationalen darauf reagierten: Im Januar 1926 forderte eine Versammlung ihrer Vertrauensmänner eine „noch schärfere Herausstellung der völkischen Frage.“[69]

Es zeigte sich indes rasch, dass auf diesem Terrain die Trauben für die DNVP zu hoch hingen. Denn in der NSDAP erwuchs ihr ein Konkurrent, dessen hemdsärmelige, bedenken- und skrupellose Rhetorik die antisemitischen Slogans der deutschnationalen Honoratioren an Zuspitzung, Illiberalität und Resonanz um ein Mehrfaches übertraf. Nicht jene, sondern die NSDAP war es, die am Ende Ressentiments und rassenideologische Weltbilder auf ihre Mühlen zu lenken wusste. Die Nationalsozialisten, die nach einer dreijährigen Inkubationsphase wieder auftauchten, hatten sich nach kurzem Zwischenspiel aus dem Verbund mit den Völkischen gelöst, im März 1925 in Neumünster ihre erste Gautagung abgehalten, um sich dann allmählich in den Städten und Landgemeinden zu verstreben und die Provinz mit einem nahezu lückenlosen Netz von Ortsgruppen zu überziehen. Bargteheide wurde relativ spät erfasst, so um den Sommer 1928 herum[70], was nicht heißt, dass die NS-Bewegung zuvor auf jede Präsenz verzichtet hätte. Es scheint, als hätte sie ihren Feldzug im Januar 1927 gestartet, als Gauleiter Lohse vor 120 Anwesenden über die Ziele der Braunhemden referierte und dabei die Konturen einer künftigen Judenpolitik zeichnete: „Die Juden müssten“, war im Resümee des Oldesloer Landboten zu lesen, „unter ein besonderes Fremdengesetz gestellt werden. Kein Jude dürfe Staatsbürger sein, keiner ein staatsbürgerliches Amt verwalten. Wenn eine Überbevölkerung eintrete, müssten die Juden auf Grund des Fremdengesetzes aus dem Lande verwiesen werden können.“[71]

Der Antisemitismus, der sich hier zu Gehör brachte, wurde regelmäßig mit heftigen Ausfällen gegen das „sogenannte parlamentarisch-demokratische System“ verknüpft, das man als Filiale und Instrument des „ausbeutenden Großkapitalistentums“ anprangerte.[72] Antisemitismus und Antikapitalismus waren zwei Seiten ein und derselben Medaille, und es ist bemerkenswert, dass dieser dezidiert „linke”, pseudosozialistische Habitus mitsamt der Polemik gegen Industrie und Plutokratie die braune Propaganda in Bargteheide bis 1929 ganz eindeutig beherrschte. Gelegentliche Anbiederungsversuche bei den Bauern, die man anderenorts energisch zu hofieren begann, schloss das freilich nicht aus, zumal derartige Losungen auch bei ihnen auf fruchtbaren Boden fielen, überdies so nebulös gehalten waren, dass jeder sich das für seine Begriffswelten und Bedürfnisse Passende herausschneiden mochte. Im Vordergrund aber stand der

68 OL Nr. 230 vom 1.10., Nr. 236 vom 8.10. und Nr. 289 vom 10.12.1926.

69 OL Nr. 27 vom 2.2.1926 (Vertrauensmännerversammlung der DNVP am 28.1.1926).

70 Bundesarchiv Koblenz (künftig BArch), Sammlung Schumacher 208 I, Bd. 2: Gau Schleswig-Holstein an Reichsleitung der NSDAP, 25.8.1928 (Verzeichnis der Ortsgruppen). Zur Gründung vgl. den Bericht ebd.: 3.3.1925 und Rietzler: Kampf (wie Anm. 53), S. 343 ff.

71 OL Nr. 25 vom 31.1.1927.

72 OL Nr. 1126 vom19.5.1928 (Bericht über eine Wahlversammlung der NSDAP, auf der ein früherer Kommunist, der Fabrikarbeiter Stahmer, als Redner auftrat).

Appell an die Statusängste, die enttäuschten Hoffnungen und die wirtschaftlichen Nöte in den Schichten des Kleinbürgertums. Um deren Gunst wetteiferte die NSDAP vor allem mit den Deutschnationalen und den ihnen verwandten Organisationen. Die Banken beschrieben die NS-Agitatoren als „Werkzeuge des jüdischen Weltkapitals“, gegen Klassenkampf von oben und von unten setzten sie auf Eintracht der „Volksgenossenschaft“, das „Nationale“ wollten sie mit dem „Sozialen“ verschmelzen, und für den „Dünkel gegenüber den einfachen Leuten im Volke“ habe man, so Graf Reventlow, schon vor 1914 ein Kämpe der Deutsch-Sozialen Partei und des Alldeutschen Verbandes, auf einer Veranstaltung in Ahlers Gastwirtschaft, absolut „kein Verständnis“. Als sich aus der Zuhörerschaft zwei Stahlhelmer über Angriffe der Nationalsozialisten beschwerten, beschied sie der Redner: Das „soziale Programm“ des Stahlhelms „reiche bei weitem nicht an dasjenige des Nationalsozialismus heran.“[73]

So sehr die NSDAP ein antimarxistisches Image pflegte und so sehr sie die Kommunisten mit Hohn und Spott überschüttete: Ihr Hauptaugenmerk galt den Konservativen. Deren Positionen zu untergraben, sich in deren Milieu einzunisten, deren Bastionen und Vorfeldorganisationen zu schleifen, war vorrangig die Stoßrichtung ihrer Agitation. Die Deutschnationalen wurden dadurch in eine prekäre Lage manövriert. Ihr Dilemma war, dass sie sich 1925 und 1927 – wenn auch nur mit halben Herzen, zudem mit mäßigem Erfolg – zweimal an der Regierung in Berlin beteiligt hatten, von vielen ihrer Sympathisanten deswegen des Verrats geziehen und mit den tatsächlichen oder vermeintlichen Schwächen der Republik identifiziert wurden. Die latent ohnehin immer schwelenden Widersprüche zwischen ihrer politischen Theorie und ihrer politischen Praxis zu überbrücken, dabei die Interessen ihrer heterogenen Anhängerschaft auszubalancieren, erwies sich als Aufgabe, an der sich ihre Integrationskraft erschöpfte.

Im Vorfeld der Wahlen von 1928 gerieten sie gleich mehrfach in Bedrängnis. Weder gelang es ihnen, die Nationalsozialisten zu bändigen, noch vermochten sie der um sich greifenden Parteienmüdigkeit wirksam Paroli zu bieten. Die Vorurteile gegen den Parteienstaat, die sie selber unermüdlich schürten, kehrten sich nun gegen sie. Da der in den nördlichen Regionen Schleswig-Holsteins aufbrechende Protest in Gestalt der Landvolkbewegung in Bargteheide keine Rolle spielte und hier die Anfänge der Agrarkrise nicht zu vergleichbaren Erosionen im landwirtschaftlichen Vereinswesen führten[74], konnten sie fürs erste zwar ihr bäuerliches Potential im wesentlichen bei der Stange halten, nicht aber den gewerblichen Mittelstand. Insbesondere im Handwerk häuften sich die kritischen Stimmen, die sich durch die Gesetzgebung nicht genügend berücksichtigt glaubten und den Einsatz der DNVP für ihre Belange als defizitär empfanden.[75] Die Strategie, auf die man sich hier besann, war eine Absage an herkömmliche Muster, Bindungen und Loyalitäten: eine Alternative, die das Heil in einseitig berufsständischen Listen

73 OL Nr. 274 vom 21.11.1928.

74 Das schloss weder Unzufriedenheit noch massive Polemik gegen das „großhändlerische, großkapitalistische, internationale Kapital“ aus. Vgl. die Generalversammlung des Kreislandbundes Stormarn in Bargteheide am 15.11.1926: OL Nr. 271 vom 19.11.1926. Die großen Notkundgebungen der Agrarier Anfang 1928 verliefen im Kreis allerdings ruhig: OL Nr .21 vom 26.1. und Nr. 25 vom 31.1.1928.

75 Beispiele dafür: OL Nr. 23 vom 19.1.1926 und Nr. 17 vom 21.1.1927.

suchte, dabei getragen von der Erwartung, nicht wie bisher vermittelt über die Parteien, sondern unabhängig und frei von den Notwendigkeiten und Zwängen zu innerparteilichen Kompromissen operieren zu können.

Für die Deutschnationalen hatten diese Konstellationen schwerwiegende Konsequenzen. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 mussten sie herbe Nackenschläge einstecken und Einbußen von gut 20 Prozent hinnehmen. Von diesem Debakel vermochten sie sich nicht mehr zu erholen. Wie schon vier Jahre zuvor waren erneut gravierende Verschiebungen zu konstatieren. Aus der Perspektive von 1933 erscheinen sie als Vorstufe für das Kommende, lockerten gewissermaßen die Fundamente und bahnten den Weg für den späteren Durchmarsch der Nationalsozialisten. Deren Resultate lagen in Bargteheide auch diesmal deutlich über dem allgemeinen Niveau in der Provinz, wobei die Relationen in etwa mit denen von 1924 identisch waren. Während sich auf der Linken die Sozialdemokratie knapp behauptete und die Kommunisten leichte Zugewinne verbuchten, machten sich in der Mitte und auf der Rechten Auflösungs- und Differenzierungsprozesse bemerkbar. Den Verlierern, den Linksliberalen in der DDP, deren Anteile halbiert wurden, und den Konservativen in der DNVP, standen als Gewinner die NSDAP und die Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) gegenüber, eine der vielen ins Kraut schießenden Interessentenparteien, in der sich vorwiegend Haus- und Grundbesitzer, Kaufleute und Handwerker sammelten: neben der NSDAP ein allerdings nur temporäres Auffangbecken für die Unzufriedenheit und die anschwellende Oppositionsbereitschaft in den Mittelschichten. Zwischen diesen vier Parteien dürften sich die entscheidenden Wählerwanderungen vollzogen haben. Die Wirtschaftspartei profitierte ungefähr zu gleichen Stücken von der DDP wie von der DNVP, die Nationalsozialisten wohl ausschließlich von der Schwäche der letzteren. Ihr Ergebnis wiederholte fast auf das Komma genau das des Völkisch-Sozialen Blocks vom Mai 1924. Der seit jenem ersten Aufschwung politisch mehr oder minder heimatlose rechtsradikale Bodensatz hatte wieder einen festen und – wie sich herausschälte – endgültigen Kristallisationspunkt gefunden.

Die Tendenzen, die sich hier manifestierten, drängten auch bei den Kommunal- und Kreistagswahlen im Herbst 1929 an die Oberfläche. Hatten sich bis dahin im Dorf immer nur drei Gruppierungen beworben, waren es nun acht. Zwar hatte man ein parteiüberwölbendes Dach, eine bürgerliche Liste unter dem klingenden Namen „Heimat und Wirtschaft“ zusammengebracht mit Wuth an der Spitze und getragen von der DNVP, der DVP, dem Stahlhelm, dem Bauernbund, der 1929 aus der Taufe gehobenen Einheitsorganisation von Bauernverein und Landbund, sowie dem Handwerkerbund, der sich damit anders als noch vor Jahresfrist von der Wirtschaftspartei distanzierte.[76] Aber der Hang zu einerseits berufsständischer Sonderbündelei und andererseits parteipolitischer Polarisierung war doch unverkennbar. Da sich Landrat Knutzen in Kooperation mit dem

76 Vgl. OL Nr. 82 vom 6.4.1928, Nr. 225 vom 26.9., Nr. 250 vom 25.10. und Nr. 265 vom 12.11.1929.

Reichsbanner aktiv für die Sache der DDP und der SPD engagierte, nahm der Wahlkampf auf Kreisebene eine bisher nicht gekannte Schärfe an.[77] In Bargteheide beeinträchtigte die Zersplitterung der politischen Landschaft die Führung der Geschäfte ganz außerordentlich, zumal sich die Fraktionen im Gemeindeparlament stärker denn je unter Profilierungszwängen wähnten, die SPD gegenüber der KPD, die mit dem aus der Haft entlassenen Julius Pfeiffer auf die Bühne der örtlichen Politik zurückgekehrt war, die NSDAP im Prinzip nach links wie nach rechts, was freilich Absprachen und Bündnisse nicht generell hinderte.

Auf jeden Fall hatte sich die Situation kompliziert, war instabiler und unübersichtlicher geworden. Sie zu handhaben, bedurfte es taktischen Gespürs, Erfahrung und eines gewissen Maßes an Prestige. Welche Schwierigkeiten zu gewärtigen sein würden, illustrierte bereits die Ernennung des Gemeindevorstehers.[78] Sonst eher eine Routineangelegenheit, wurden jetzt drei Wahlgänge nötig. Erst in der Stichwahl genügte Wuth, der in Personalunion Amt und Gemeinde verwalten sollte, die relative Mehrheit, um sich gegen den nationalsozialistischen Kandidaten von der Heyde durchzusetzen. Bei insgesamt 12 Mandaten gaben bis auf Pfeiffer alle ihre Stimme ab. Sechs fielen auf Wuth, fünf auf von der Heyde. Da unwahrscheinlich ist, dass die drei Sozialdemokraten für den Nationalsozialisten votierten, hatten Wuth offenbar Mitglieder aus den eigenen Reihen die Unterstützung verweigert: womöglich ein Indiz dafür, dass die bürgerliche Mehrheitsfraktion in Zukunft nicht mehr so unbehelligt würde schalten können wie zuvor.

Anders als im Mai 1924 waren die Wahlen von 1928 keine Krisenwahlen, und die Resultate boten im Allgemeinen keinen Grund zu ernsthafter Sorge. Im Reichstag hatte sich die SPD den Platz als stärkste Fraktion zurückerobert, war mit der Regierungsbildung betraut worden und hatte diese nach einigen Geburtswehen erfolgreich abgeschlossen. Die NSDAP dagegen war mit 2,6 Prozent und 12 Mandaten über den Status einer unbedeutenden Randgruppe nicht hinausgelangt. Umso bemerkenswerter, dass Bargteheide selbst im Rahmen der Provinz Schleswig-Holstein völlig gegen den Trend gewählt hatte. Die SPD blieb – für ländliche Verhältnisse erwartungsgemäß – unter dem Reichsdurchschnitt, die NSDAP indes übertraf ihn unerwartet eindeutig. Über die Ursachen dieses Phänomens lässt sich an Hand der wenigen verfügbaren Quellen nur spekulieren. Die sonst üblichen Argumente, welche die schlechte Konjunktur, wirtschaftliche Not und Arbeitslosigkeit als Quellen des Rechtsradikalismus lokalisieren, verfangen jedenfalls nicht. Ein Faktor von kaum zu überschätzendem Einfluss dürfte gewesen sein, dass die völkische Agitation innerhalb und außerhalb der DNVP den Boden gepflügt, die Gemüter empfänglicher gemacht hat für die Botschaften des Nationalsozialismus. Offenbar ist 1928 das völkische Potenzial fast ausnahmslos zur NSDAP übergewechselt: der Wählerstamm ebenso wie die Mitglieder und Funktionäre. Der Weg des Postbeamten von der Heyde kann dafür als Beispiel gelten. Sicher ist auch,

77 So sahen das nicht zuletzt die Vertreter von Heimat und Wirtschaft: OL Nr. 262 vom 8.11.1929.

78 GAB, 1-12-2: Wahl vom 16.12.1929.

dass der Aufschwung der NSDAP in engem Zusammenhang mit der mangelnden Integrationskraft der bürgerlichen Parteien stand. Liberalismus und Konservatismus waren jeweils nur Durchgangsstationen, konnten ihre Sympathisanten weder auf Dauer an sich binden noch nachhaltig mit demokratischen oder wenigstens staatspolitischen Gesinnungen erfüllen. Diese Entwicklung war charakteristisch für die diffusen Züge, die schwankenden Orientierungen und die extremen Pendelschläge in der politischen Kultur der Weimarer Republik. Sie beschränkte sich insofern nicht allein auf Bargteheide, aber sie trat hier ausgeprägter in Erscheinung, spitzte sich hier früher zugunsten des Nationalsozialismus zu als anderswo.

Die Deutschnationalen und ihre Hilfstruppen in den Berufs- und Wehrverbänden, die bis 1928 die Szenerie beherrscht hatten, gerieten auf diese Weise rasch ins Hintertreffen, überwältigt und zur Seite gedrängt von der NSDAP, die sich mit ungewöhnlicher Dynamik entfaltete, sich organisatorisch verfestigte und ihre Positionen ausbaute, nach den Wahlen im Sommer 1928 eine Ortsgruppe gründete und im März 1931 die SA zu einem selbständigen Sturm erweiterte.[79] Zugute kam ihr nun die 1929/30 nach und nach durchschlagende wirtschaftliche Depression, die rasante Talfahrt der Industriekonjunktur, die sich mit der schon länger währenden Agrarkrise verband, die Unzufriedenheit schürte und die Protestbereitschaft quer durch die Schichten der Bevölkerung mächtig anfachte. Die Landwirte klagten über schleppenden Absatz, rapiden Preisverfall, mangelnde Rentabilität und drückende Schulden. Seit 1930 häuften sich im Kreis die Zwangsversteigerungen, Arbeitslosigkeit griff um sich, Handwerk und Handel, die ohnehin Probleme hatten, sich gegenüber den städtischen Konkurrenz zu behaupten, wurden durch schrumpfende Kaufkraft und schwindende Nachfrage schwer beeinträchtigt. In einer aus den Fugen gehenden Welt klammerten sich die Menschen an diejenigen, die versprachen, sie wieder einzurenken. Den Nationalsozialisten fiel es unter diesen Bedingungen leicht, sich als unbelastete und unverbrauchte Alternative zu empfehlen. In der ihnen eigenen unverblümten Radikalität kündigten sie an, mit den für die Misere Verantwortlichen, in ihren Augen Juden und Marxisten jedweder Schattierung, aufzuräumen, Lähmung und Stagnation zu überwinden, das demokratisch-parlamentarische System zu zertrümmern, die Klassengesellschaft mit ihren Verwerfungen und Zerklüftungen in die Solidarität einer neuen Gemeinschaft des Volkes zu überführen.

Da sie den Kampf als politisches Lebensprinzip schlechthin begriffen, waren sie permanent in Bewegung, mobilisierten und agitierten, gelenkt und mit Rednern versorgt durch den Apparat der Gauzentrale in Altona. Dabei benutzten sie geschickt die Möglichkeiten der Technik und die Methoden moderner Massenbeeinflussung, zeigten Filme, demonstrierten Stärke, schüchterten Andersdenkende ein, marschierten unter klingendem Spiel in geschlossenen Formationen durch die Straßen. Eine Welle löste die nächste ab, allein im Januar 1931 veranstaltete die Partei in der Provinz 293 öf-

79 OL Nr. 56 vom 8.3.1931.

fentliche Kundgebungen.[80] Auch in Bargteheide war die Frequenz der Veranstaltungen hoch. 1932 registrierten die Behörden am 9. Februar einen Aufmarsch mit geschätzten 800 Teilnehmern, zuvor war schon der Stahlhelm aufgetreten mit ungefähr 250 Leuten, in der ersten Märzhälfte, am 2. und 12.3. war die Partei gleich mit zwei Versammlungen präsent. Anlass waren die Reichspräsidentenwahlen, bei denen Hitler knapp 48 bzw. 55 Prozent auf sich vereinigte. Bei jener wurden 130 Anwesende geschätzt, bei dieser 135 gezählt. Die KPD am anderen Ende des politischen Spektrums erreichte am 12. März 58 Menschen. Am 22. April kamen zur NSDAP 280, am 7. April zur KPD nur 160 Interessierte. Im Vorfeld der preußischen Landtagswahlen zogen am 19. April 600 teils mit Fackeln bewehrte Anhänger durch das Dorf; am 22., zwei Tage vor dem Urnengang, fanden sich bei einer Kundgebung 280 Wähler ein. Die Fähigkeit der politischen Konkurrenz, ihrerseits Sympathisanten zu mobilisieren, war demgegenüber schwächer ausgeprägt: Die SPD verbuchte am 15. April 300, die Eiserne Front am 17. April 136, die DNVP am 15. April 32 und die KPD am 23. April 53 Teilnehmer. Die Liberalen hatten offenbar zu diesem Zeitpunkt schon resigniert, denn in den Listen, die der Landrat an seine vorgesetzten Behörden schickte, tauchten sie nicht auf.[81]

Hakenkreuzfahnen und braune Uniformen schoben sich dominierend in den Vordergrund, Fahrten der SA in Lastautos bestimmten das Bild, Plakate und Handzettel, spezielle Sprechabende für die verschiedensten Bedürfnisse und Berufe, Kleinpropaganda von Mund zu Mund, von Nachbar zu Nachbar.[82] Binnen zweier Jahre, zwischen 1928 und 1930, katapultierten sich die Nationalsozialisten, deren Ortsgruppe im Sommer 1929 etwa 50, im Dezember 1929 aber schon um die 80 Mitglieder hatte, 1930 wieder auf 50 zurückfiel[83], weit nach vorn und gewannen fast jeden zweiten der wahlberechtigten Bürger im Ort für sich. Bei den Reichstagswahlen im September 1930 distanzierten sie die übrigen Parteien so klar wie nie zuvor. Die bürgerliche Mitte wurde ebenso wie die traditionelle Rechte dezimiert, überrollt und atomisiert. Die Deutschnationalen rutschten unter die Fünfprozentmarke, die SPD musste mit 16 Prozent ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis einstecken, und auch bei der KPD gab es leichte Verluste. Mit 46 Prozent hatte dagegen die NSDAP die absolute Mehrheit nur knapp verfehlt.

Die Deutschnationalen mochten sich bei dem Gedanken trösten, dass trotz ihrer Schlappe das Lager der nationalen Parteien, dem sie sich zugehörig fühlten, enorme Fortschritte gemacht hatte. Auch schien die Stunde nicht mehr fern, in der man die ungeliebte Republik würde aus den Angeln heben können. Zu diesem Zweck hatten sie sich bereits 1929 mit den Nationalsozialisten beim Volksbegehren gegen den Young-Plan, gegen die Neuregelung der Reparationsfrage, zusammengetan und ihnen die Türen zu den Salons des konservativen Deutschland geöffnet. Obwohl aus dem damaligen Juniorpartner Hitler mittlerweile ein ausgewachsener, zudem äußerst unbequemer, weil Führungsansprüche anmeldender Teilhaber gewor-

80 BArch Koblenz, Slg. Schumacher 208 I, Bd. 2: Tätigkeitsbericht der Gauleitung an die Reichspropagandaleitung der NSDAP, 4.2.1931.

81 Daten nach LAS, Abt. 301 Nr. 4691 und 4692 sowie Abt. 309 Nr. 22996.

82 Vgl. dazu den Tätigkeitsbericht der Gauleitung (wie Anm. 80) sowie für das Jahr 1930 beispielhaft die Berichterstattung im OL Nr. 14 vom 18.1., Nr. 21 vom 26.1., Nr. 122 vom 27.5., Nr. 198 vom 26.8., Nr. 205 vom 3.9. und Nr. 265 vom 12.11.1920.

83 LAS, Abt. 309 Nr. 22998: Landrat Stormarn an Regierungspräsident Schleswig, 14.6. und 6.12.1929. Bis Juni 1930 änderte sich an diesen Zahlen nichts. Der Landrat sprach von 50 Mitgliedern. Als Ortsgruppenführer löste Oberpostsekretär von der Heyde Inspektor Schaper ab, der nach Bayern verzogen war: ebd., Landrat an Regierungspräsident, 28.6.1930. Lastautos für ihre Agitation benutzten auch die Kommunisten, die damit, aus der Großstadt kommend, den Kreis Stormarn heimsuchten. Vgl. LAS, Abt. 310 Nr. 4542: Landrat Stormarn an Oberpräsident, 3.10.1926.

Oldesloer Landbote

Tageblatt für Stormarn und die Nachbargebiete

Bezugspreis: Monatlich 1,90 Goldmark, ausschließlich Bestellgebühr. Anzeigenpreis: Die siebengespaltene Zeile od. deren Raum 25 Goldpf.

Reklamezeile 150 Goldpfennig. Veröffentlichungsblatt der Behörden Erfüllungsort: Bad Oldesloe i. H. Erscheint an allen Wochentagen.

Für den textlichen Teil verantwortlich: Julius Schüthe; für den Anzeigenteil: Otto Schüthe. Druck und Verlag von J. Schüthes Buchdruckerei, Bad Oldesloe in Holstein. Behördliche Bekanntmachungen sowie örtliche Anzeigen werden von den gewerbsmäßigen Vermittlern nicht angenommen.

Nr 216 Dienstag, 16. September 1930. 92. Jahrgang.

Der neue Reichstag: etwa 580 Abgeordnete!

Das Ergebnis in unserer Stadt:

Gesamtergebnis der Reichstagswahl in Oldesloe.

Es erhielten: Sozialdemokraten 1249 (977), Deutschnationale Volkspartei 242 (535), Zentrum 116 (105), Kommunisten 251 (133), Deutsche Volkspartei 257 (436), Christlich-Soziale Volksgemeinschaft 12 (—), Deutsche Staatspartei 350 (349 Demokraten), Reichspartei des deutschen Mittelstandes 260 (647), Nationalsozialisten 1353 (96), Bauern- und Landvolk-Partei Schleswig-Holsteins 38 (—), Volksrechtpartei und Christlich-Soziale Reichspartei 12 (—), Volksrechtpartei 2 (—), Deutsche Bauernpartei 4 (7), Konservative Volkspartei 101 (—), Christlich-sozialer Volksdienst 46 (—5, Polnische Volkspartei 2 (—), Schleswigscher Verein 1 (—), Unabhängige Sozialdemokraten 2 (—), Haus- und Grundbesitz 2 (6), Menschheitspartei und Neue Volksgemeinschaft 1, zusammen 4301 Stimmen, hierzu 22 ungültige Stimmen, ergeben als Summe4323 Stimmen.

(Die eingeklammerten Zahlen sind von 1928.)

Rechtsruck bei den Septemberwahlen 1930 zum Deutschen Reichstag
Quelle: Oldesloer Landbote Nr. 216, 16. September 1930, mit den Wahlergebnissen für Bad Oldesloe.

den war, hielten sie unbeirrt an dieser Perspektive fest. Schließlich waren sie sich mit den Nazis darin einig, dass die Zeichen der Zeit auf Polarisierung, nicht auf Kompromiss standen und allein das bedingungslose Entweder -oder galt.

Es existiere nur „rechts oder links“, die Mitte würde unbarmherzig „zerrieben“, verkündete im Dezember 1931 der Kreisvorsitzende der DNVP. Ganz ähnlich äußerte sich Fritz Heecks vor den Delegierten des Handwerkerbundes: „Der Kampf der Wirtschaft geht um die Erhaltung des Eigentums. Es muss heute mehr wie je Aufgabe aller Verbände, ob Handwerk, Handel oder Landwirtschaft, sein, gemeinsam gegen einen Feind zu kämpfen, den Marxismus und den Sozialismus.“ In dieselbe Kerbe hieb der Stahlhelm, als er im Som-

mer 1931 zum Volksbegehren aufrief, das mit der Auflösung des preußischen Landtags die Preisgabe der letzten Bastion, die der SPD im Reich geblieben war, erzwingen wollte. Da war die Rede von der Sozialdemokratie und dem „sozialdemokratischen System“ als „ärgstem Feind“, dem man „idealen Nationalismus“ entgegenstellen müsse: gleichsam als „Schrittmacher für diejenigen Parteien und Volksgenossen, die die schädlichen Auswirkungen des Sozialismus“ auf das „Vaterland erkannt“ hätten. In Bargteheide waren das immerhin 65 Prozent, was für Ortschaften dieser Größenklasse und Struktur so etwas wie einen Rekord darstellte.[84]

Sozialdemokraten und Kommunisten waren in keiner beneidenswerten Lage. Untereinander zutiefst zerstritten, unfähig und nicht willens, eine Plattform für gemeinsame Aktionen zu formulieren, stemmte sich jeder für sich der heraufziehenden Gefahr einer braunen Diktatur entgegen, die SPD dem Ideal eines sozial fundierten demokratischen Volksstaates verhaftet, die KPD dem einer bolschewistischen Sowjetrepublik. Gegen die Phalanx von Nationalsozialisten und Deutschnationalen vermochten sie freilich nichts auszurichten. Das Reservoir an Stimmen, aus dem sie schöpften, veränderte sich kaum, schwankte nach 1928/30 zwischen 25 und 30 Prozent, wobei sich parallel zur Verschärfung der Wirtschaftskrise die Gewichte zugunsten der KPD verschoben. Im November 1932 rangierte diese mit der SPD fast gleichauf. Die Sozialdemokratie ihrerseits übte sich in Optimismus, vertraute auf ihre bewährten Strukturen, auf Disziplin und Erfahrung. Gemessen an der Zahl der Mandate und Mitglieder war sie im Kreis Stormarn in einer relativ gefestigten Position, allerdings weniger in Landgemeinden wie Bargteheide als in den industrialisierten und industrienahen Randgemeinden Hamburgs. Namentlich die Erfassung der Frauen und der ländlichen Arbeiter, der Tagelöhner und des Gesindes, bereitete erhebliche Schwierigkeiten. Im Kreistag hatte sie 1929 ihre Mehrheit verteidigt, war jedoch bei Entscheidungen auf die Mithilfe der Demokraten angewiesen. Es war daher nicht ganz unrealistisch, wenn sie von sich behauptete, ihr Einfluss sei „zwar stark, aber nicht ausschlaggebend.“[85]

Die NSDAP rückte spät, im Grunde erst im Sommer 1930 ins Blickfeld. Die Auffassungen, von denen sich die Linke in Stormarn leiten ließ, unterschieden sich dabei nicht von denen in den übrigen Bezirken. Sie verrieten sträfliche Unterschätzung, stempelten den Nationalsozialismus zum bloßen Stiefelknecht des „Kapitalismus“, gedacht als Instrument zur „Zerstörung der Arbeiterorganisationen“.[86] Dynamik und eigenständige Qualität der NS-Bewegung wurden verkannt. Als die Sozialdemokratie 1931 ihre Bemühungen um Abwehr und Aufklärung intensivierten, traten die spezifischen Probleme der lokalen Politik, denen sie sonst breiten Raum gewährt hatte, merklich zurück. In ihren Versammlungen und ihrer Presse prangerte sie den „hemmungslosen, unmoralischen und korrupten“ Stil der nationalsozialistischen Rhetorik an und untermauerte dies mit einer Fülle von Beispielen aus der Praxis. Vergeblich lief sie

84 In der Reihenfolge der Zitate: OL Nr. 294 vom 16.12., Nr. 168 vom 22.7. und Nr. 88 vom 17.4.1931. Die Ergebnisse des Volksbegehrens ebd. Nr. 185 vom 11.8.1931 und aus linksliberaler Sicht ein kritischer Kommentar in Nr. 191 vom 18.8.1931.

85 Bergedorf-Sander Volksblatt Nr. 129 vom 6.6.1929. Zur Situation der SPD im Kreis vgl. außerdem ebd. Nr. 66 vom 19.3., Nr. 295 vom 18.12.1929, Nr. 40 vom 17.2., Nr. 115 vom 19.5.1930 und Nr. 6 vom 8.1.1931.

86 Bergedorf-Sander Volksblatt Nr. 152 vom 3.7.1930.

Sturm gegen die Kürzungen der Wohlfahrtsausgaben und Sozialleistungen, baute auf die Rationalität der eigenen Argumente und tröstete sich immer wieder mit der Zuversicht, dass der „Kampf gegen die Nationalsozialisten wohl organisiert“ sei „und mit dem Sieg der Arbeiter enden“ müsse, sofern sie nur die „Nerven“ behielten.[87]

Zumindest in Bargteheide behielten einige die Nerven nicht. Zwei der sozialdemokratischen Gemeindevertreter traten aus der Partei aus und legten ihre Mandate nieder, im September 1930 der Mittelschullehrer und Stellvertreter Wuths im Amtsbezirk, Kurt Wolf, wie er mitteilte, aus „Überzeugungsgründen“, und im November 1931 der Telegraphenarbeiter Hans Dittmann.[88] Auch sonst bröckelten die Kräfte des Widerstands ab, nicht zuletzt im traditionellen Milieu des Konservatismus. Der Bauernbund, bis dahin ein verlässliches Bollwerk der Deutschnationalen, geriet ebenso wie der Handwerkerbund zusehends in nationalsozialistisches Fahrwasser. Zu einer den Nöten der Landwirtschaft gewidmeten Kundgebung, zu der im Februar 1932 die NS-Kreisleitung einlud, strömten 800 Zuhörer, „ein großer Propagandaerfolg“, wenn man dem Berichterstatter im Oldesloer Landboten Glauben schenken darf. Im April forderte der Vorstand des Bauernbundes seine Mitglieder auf, bei den Reichspräsidentenwahlen nicht für Hindenburg, sondern für Hitler zu stimmen.[89] Ebenfalls 1932 begann die NSDAP ihre kommunalpolitischen Aktivitäten anzukurbeln und zu bündeln, um ihre Kompetenz auf diesem in der Vergangenheit eher vernachlässigten Feld zu erweitern. Zum Zweck der Schulung, Koordinierung und Materialsammlung richtete sie in Oldesloe einen gesonderten Apparat ein, bürokratisch gegliedert in mehrere Fachabteilungen für Verwaltungs- und Verfassungsrecht, für Pressewesen, Finanz-, Steuer-, Schul-, Agrar- und Verkehrspolitik. In den Gemeinden berief sie spezielle „Amtswalter“, die sich dort um die konkreten Belange und sozialen Interessen der einzelnen Berufsschichten kümmern sollten, dabei der Maxime verpflichtet, weder Koalitionen noch Tolerierungsbündnisse einzugehen.[90]

Das war insofern konsequent, als die Partei bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 in Bargteheide mit 56 Prozent die absolute Mehrheit eroberte. Zugleich allerdings machte sich bei den Deutschnationalen ein allmählicher Erholungs- und Konsolidierungsprozess bemerkbar, eine Tendenz, die sich in den Monaten danach fortsetzte. Die DNVP habe „etwas Oberwasser“ bekommen, hatte bereits Anfang 1931 die NS-Gauzentrale in Altona konstatiert: „Die alten Spießer besonders fühlen sich jetzt in ihrem Rahmen wieder wohl.“[91] Auch in der DNVP beobachtete man einen gewissen „Rückstrom“, vor allem bei der schon abgeschwommen geglaubten Jugend, die eine „verantwortungsbewusste Führung“ wolle. Im Verhältnis der beiden Rechtsparteien, das ohnehin nie ganz ungetrübt war, überwogen infolgedessen wieder Momente der Konkurrenz und der Abgrenzung. „Die Agitation der Nationalsozialisten“, so das Fazit eines deutschnationalen Wahlredners, sei „in eine wilde Propagierung des Sozialismus übergegangen.“[92] Das verfehlte zwar den

87 Ebd. Nr. 20 vom 26.1.1932.

88 GAB, 1-12-4.

89 OL Nr. 34 vom 11.2.1932 und ABL, 7a-1a-Jersbek: Flugblatt des geschäftsführenden Vorstandes des Kreisbauernbundes.

90 BArch, NS 25/345: Kreisamtswalter für Kommunalpolitik, Rundschreiben vom 15.1. und 1.2.1932.

91 Ebd., Slg. Schumacher 208 I, Bd. 2: Tätigkeitsbericht der Gaupropagandaleitung, 4.2.1931.

92 OL Nr. 240 vom 13.10. und Nr. 243 vom 16.10.1932.

tatsächlichen Charakter des braunen Radikalismus, fiel aber bei den Wählern offenbar auf fruchtbaren Boden, denn im November 1932, bei den letzten Wahlen der in Agonie dahin dämmernden Weimarer Republik, musste die NSDAP zum ersten Mal seit 1928 erhebliche Einbrüche hinnehmen. Sie verlor gut zehn Prozent, in geringem Umfang an die KPD, die sich im Kampfbund gegen den Faschismus eine Art Auffangbecken für enttäuschte, 'links' orientierte Nationalsozialisten geschaffen hatte[93], sehr viel massiver jedoch an die Deutschnationalen, die knapp acht Prozent hinzugewannen. Die Karten im Wettlauf um die Macht schienen damit neu gemischt zu werden, in Bargteheide ebenso wie im Reich. Der Spielraum der Konservativen hatte sich ein wenig verbreitert, als Koalitionspartner waren sie für die NSDAP attraktiver, wenn nicht unvermeidlich geworden. Dass sie ihn am Ende nicht in ihrem Sinne würden nutzen können, dass sie sich nach dem 30. Januar 1933 so schnell von ihrem Koalitionspartner würden ausmanövrieren lassen: Dies freilich war an der Jahreswende 1932/33 noch nicht absehbar.

93 BArch, Slg. Schumacher 232: Flugblatt an die Nationalsozialisten Stormarns, o.D. (Oktober 1932).

Reichspräsidentenwahlen	1925				1932			
	I. Wahlgang		II. Wahlgang		I. Wahlgang		II. Wahlgang	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Wahlberechtigte	ca. 1760		ca.1760		2024		2024	
Wahlbeteiligung	1335	75,85	1424	80,91	1809	89,38	1794	88,64
Braun (SPD)	306	22,92	–	–			./.	./.
Held (BVP)	3	0,22	./.	./.			./.	./.
Hellpach (DDP)	136	10,19	./.	./.			./.	./.
Jarres (DVP)	767	57,45	./.	./.			./.	./.
Ludendorff (Völkisch)	12	0,91	./.	./.			./.	./.
Marx (Zentrum)	22	1,65	409	28,72			./.	./.
Thälmann (KPD)	86	6,44	72	5,06	209	11,55	168	9,36
Hindenburg	./.	./.	930	65,31	517	28,58	624	34,78
Duesterberg (DNVP)	./.	./.	./.	./.	205	11,33	./.	0
Hitler (NSDAP)	./.	./.	./.	./.	866	47,87	984	54,85
ungültig	3	0,22	13	0,91			18	1,0
Andere	./.	./.	./.	./.	12	0,66	./.	./.

Quellen:
Gemeindearchiv Bargteheide 1–1–4
Oldesloer Landbote
Nr. 76 v. 31.3.1925
Nr. 98 v. 28.4.1925
Nr. 62 v. 15.3.1932
Nr. 84 v. 12.4.1932

Wahlen zur Nationalversammlung und zum Reichstag	19.1.1919[a]		20.2.1921[b]		4.5.1924		7.12.1924	
	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
Wahlberechtigte	1558		1635		1707		1760	
Wahlbeteiligung	1368	87,8	1272	77,8	1401	82,1	1448	82,3
Ungültige Stimmen	6		110		20		14	
SPD	603	44,08	261	20,52	258	18,42	311	21,48
USPD	–	–	–	–	11	0,79	7	0,48
KPD	–	–	185	14,54	132	9,42	104	7,18
Linke Komm.	–	–	–	–	–	–	–	–
DVP	43	3,14	353	27,75	132	9,42	182	12,57
DDP (Staatspartei)	554	40,5	197	15,49	136	9,71	188	12,98
Zentrum	9	0,66	16	1,26	15	1,07	18	1,24
DNVP (Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot)	140	10,23	132	10,38	450	32,12	508	35,08
Landvolkpartei	–	–	–	–	–	–	–	–
Christl.-Soz.-Volksdienst	–	–	–	–	–	–	–	–
Christl.-Soz.-Volks-Gemeinschaft	–	–	–	–	–	–	–	–
Konservative Volkspartei	–	–	–	–	–	–	–	–
Völkisch Nationaler Block	–	–	–	–	–	–	–	–
Wirtschaftspartei	–	–	–	–	–	–	2	0,14
Aufwertungpartei (Volksrechtspartei)	–	–	–	–	–	–	13	0,9
NSDAP[c]	–	–	–	–	222	15,85	94	6,49
Deutsch-Soz. Partei	–	–	–	–	–	–	5	0,34
Landespartei	13	0,95	18	1,46	9	0,64	–	–
Andere	–	–	–	–	16	1,14	2	0,14

Quellen:
Statistik des Deutschen Reichs
Band 291, III (S. 23)
Band 315, II (S. 28)
Band 315, IV (S. 26)
Band 372, II (S. 28)
Band 434 (S. 51, 118, 189)
Gemeindearchiv Bargteheide 1–1–3
Olsedloer Landbote
Nr. 16 v. 20.1.1919; Nr. 43 v. 22.1.1921;
Nr. 106 v. 6.5.1924; Nr. 289 v. 9.12.1924;
Nr. 118 v. 22.5.1928; Nr. 216 v. 16.9.1930;
Nr. 178 v.2.8.1932; Nr. 262 v. 8.11.1932;

20.5.1928		14.9.1930		31.7.1932		6.11.1932		5.3.1933	
abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%	abs.	%
1871		1986		2088		2073		2097	
1356	72,5	1664	83,79	1859	89,03	1761	84,95	1913	91,23
16		18		18		13		21	
290	21,39	268	16,11	292	15,71	287	16,3	263	13,75
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
142	10,47	163	9,8	219	11,78	254	14,42	227	11,87
5	0,37	–	–	–	–	–	–	–	
182	13,42	90	5,41	17	0,91	44	2,5	24	1,25
90	6,64	103	6,19	44	2,37	37	2,1	28	1,46
14	1,03	15	0,9	20	1,08	13	0,74	15	0,78
202	14,9	71	4,27	184	9,4	309	17,55	293	15,32
4	0,29	37	2,22	–	–	–	–	–	–
–	–	14	0,84	–	–	–	–	–	–
–	–	10	0,6	–	–	–	–	–	–
–	–	21	1,26	–	–	–	–	–	–
11	0,81	–	–	–	–	–	–	–	–
166	12,25	58	3,49	10	0,54	1	0,06	–	–
18	1,33	9	0,54	–	–	–	–	–	–
208	15,34	779	46,18	1039	55,89	792	44,97	1036	54,16
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
8	0,58	8	0,48	16	0,86	11	0,62	6	0,31

Wahlen zur Gemeindevertretung	2.3.1919			4.5.1924			17.11.2029		
	abs.	Mandate	%	abs.	Mandate	%	abs.	Mandate	%
Wahlberechtigte	1558			1707			1860		
Wahlbeteiligung	1115		71,57	1359			1414		76,0
ungültig	0			12					
SPD[b]	368	4	33,01	452	4	33,26	273	3	19,31
KPD	–	–	–	–	–	–	134	1	9,48
Heimat u. Wirtschaft[a]	536	6	48,07	646	6	47,54	509	5	36,0
Wirtschaftspartei	–	–	–	–	–	–	54	–	3,9
Liste Soll[c]	211	2	18,92	–	–	–	–	–	–
Handel, Verkehr, Sport	–	–	–	249	2	18,32	–	–	–
NSDAP	–	–	–	–	–	–	201	2	14,21
Beamte	–	–	–	–	–	–	160	1	11,31
Eigenheim	–	–	–	–	–	–	83	–	5,87

Anmerkungen:
a) Am 2.3.1919 als „Liste Möller", am 4.5.1924 als „Liste Wuth"
b) Am 4.5.1924 als „Liste Gewerkschaftskartell"
c) Liste des Handwerkerbundes
Quellen:
Gemeindearchiv Bargteheide 1–12–4
Oldesloer Landbote Nr. 52 v. 3.3.1919; Nr. 271 v. 19.11.1929